

## INHALT

Russlands Informationskrieg in Deutschland: Wie Moskau die Meinung der Deutschen verändert .....	2
Historie .....	4
Der Dolchstoß von hinten .....	8
Russland-Versteher und "enttäuschte Hoffnungen – Chancen vertan" .....	12
Die "Querfront" und ihre Schlüsselbotschaften .....	14
Der linke Flügel der Querfront .....	17
Der rechte Flügel der "Querfront" – Die „Union“ (CDU/CSU) und die AfD .....	24
Andere in der „Querfront“ .....	31
Die Russlandlobby – Organisationen (Petersburger Dialog, Deutsch-Russisches Forum, Ost-Ausschuss und andere) .....	32
Operationen und Methoden .....	37
Offizielle Reaktionen .....	44
Schlussfolgerung .....	46

## **RUSSLANDS INFORMATIONSKRIEG IN DEUTSCHLAND: WIE MOSKAU DIE MEINUNG DER DEUTSCHEN VERÄNDERT**

*Es ist ganz sicher nicht so, dass ich die Deutschen mag, nur ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für uns mehr von Vorteil, sie zu benutzen anstatt sie herauszufordern. Alles bestätigt uns darin, in Deutschland unseren zuverlässigsten Verbündeten zu sehen.“*

V.I. Lenin<sup>1</sup>

Anfang Mai 2014 feierte der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder seinen 70. Geburtstag mit einer rauschenden Party in Sankt Petersburg. Vielleicht schätzte Schröder, der seit seinem Amtsaustritt einige gut dotierte Posten in der kommerziellen Welt erhält, die Bedeutsamkeit des Veranstaltungsortes jedoch nicht hoch genug ein: Man feierte im Jussupow Palast, der einstigen Residenz des unermesslich reichen Prinzen Felix Jussupow, einem Mitglied der Gruppe von Verschwörern, die den Mönch Rasputin in eben diesem Palast im Jahr 1916 ermordete.

Jussupow und seine Mitverschwörer, darunter Großfürst Dmitri und ein reaktionäres Mitglied der Duma, Wladimir Purischkewitsch, hatten Rasputin großzügig mit Wein und Kuchen bewirtet, die allerdings vergiftet waren. Als sie es satt hatten, auf die einsetzende Wirkung des Giftes noch länger zu warten, erschossen sie den Mönch, der versuchte, auf allen Vieren durch eine Tür in die Eingangshalle zu gelangen, genau dahin, wo Schröder fast einhundert Jahre später seine Gäste in Empfang nahm.

Prinz Jussupow und seine Freunde wollten die Welt unbedingt vom "schwärzesten aller Teufel der russischen Geschichte"<sup>2</sup> befreien, wie Rasputin von einem der Verschwörer bezeichnet wurde. Sie verdächtigten ihn nämlich, ein Fürsprecher Deutschlands und Mitglied einer organisierten Gruppe von Sympathisanten und feindlichen Agenten zu sein, die die deutschstämmige Zarin davon überzeugen wollte, ihren Einfluss geltend zu machen, damit Russland seinen Austritt aus der Entente gegen Deutschland erklärte. Sie hofften, die Ermordung Rasputins würde als strategischer Gegenschlag ein deutliches Signal dafür setzen, dass Russland seinen Kurs nicht ändern würde.

Schröder mag die Bedeutung des Veranstaltungsortes nicht hoch genug eingeschätzt haben, aber es kann nur geringer Zweifel daran bestehen, dass sein wichtigster Gast sich dessen sehr bewusst war. Wladimir Putin, der russische Präsident, geboren in Sankt Petersburg und ehemaliger KGB-Offizier, konnte zweifellos den Wert des Ortes einschätzen, wo er den Mann feierte, auf den er sich fest verlassen konnte, auf jemanden, der auch weiterhin wesentlich dazu beitragen konnte, Deutschlands strategische Ausrichtung zu verändern und so zu gewährleisten, dass das Land unabhängiger von den USA wird und weiterhin offen ist für die Belange Russlands.

---

<sup>1</sup> Zitiert aus "Speech to followers" in *Ost-Information* (Berlin), No. 81 (4. Dezember 1920); nach dem Zitat in *The Foreign Policies of Soviet Russia* (1924) von A. L. O. Dennis, S. 154.

<sup>2</sup> Colonel Stanislaus de Lazovert in *Source Records of the Great War*, Vol. V, ed. Charles F. Horne, *National Alumni* 1923

Als in den deutschen Zeitungen Fotos von der Party von einem glamourös gestylten Schröder in herzlicher Umarmung mit dem russischen Präsidenten erschienen, herrschte allgemeine Empörung. Wegen der Ukrainekrise standen die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zum Zeitpunkt der Party extrem unter Spannung. Die zögerliche Antwort des Westens auf Putins Invasion auf der Krim hatte zu zunehmender Aggression der pro-russischen Miliz in der Ostukraine geführt, und nur wenige Tage zuvor waren vier deutsche Mitglieder der OSZE-Überwachungskommission als Geiseln genommen worden. Nun war ein peinliches diplomatisches Patt entstanden. Putin wies öffentlich jegliche Verantwortung von sich, während der Anführer der prorussischen Separatisten in der ukrainischen Donezk-Region Pläne für die Gründung einer unabhängigen Volksrepublik Donezk ankündigte und den Austausch der „NATO-Spione“ gegen gefangen genommene russische Kämpfer verlangte.<sup>3</sup>

Schröders Nachfolgerin im Kanzleramt, Angela Merkel, zeigte sich wütend darüber, dass ihr Vorgänger sich nicht an die Konventionen hielt und es unübersehbar zuließ, als Werkzeug russischer Propaganda herzuhalten. Ihr Zorn und ihre Missachtung ihm gegenüber wurden in den deutschen Medien weitgehend geteilt. Das renommierte Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ warf Schröder vor, die deutsche Außenpolitik zu verunglimpfen.

„Für Verwandtschaft kann man nichts“ hieß es im Leitartikel des Magazins, „aber seine Freunde kann man sich aussuchen. Diese alte Weisheit gilt auch für Gerhard Schröder, den ehemaligen Bundeskanzler und Vertrauten des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Es ist seine Sache, von wem er sich umarmen lässt und mit wem er seinen 70. Geburtstag feiert – schließlich halten wahre Freunde auch in schwierigen Zeiten zusammen. Normalerweise nennt man so etwas Charakterstärke.“

„Aber in der Sache Schröder-Putin sind die Dinge wegen der aktuellen Krise in der Ukraine etwas komplizierter. Gerhard Schröder sollte es besser wissen. Wenn der frühere deutsche Bundeskanzler meint, er kann mit seiner Freundschaft so weitermachen als ob nichts passiert sei, so ist das ein Irrtum. Schröders eigene Sozialdemokratische Partei der linken Mitte ist Koalitionspartner in der Regierung Angela Merkels, die gerade krampfhaft versucht, seinen Freund Wladimir davon abzuhalten, in Osteuropa die Politik eines machtverliebten Hegemons zu betreiben. In solch schwierigen Zeiten sollte ein ehemaliger Regierungschef zumindest in der Öffentlichkeit einen Sicherheitsabstand zu Putin einhalten.“

Schröder, seit langem Putins Apologet, der seinen Freund einmal sogar als einen „lupenreinen Demokraten“<sup>4</sup> bezeichnete, machte dem russischen Regierungschef freilich ein nützliches Propagandageschenk mit den Fotos von seiner Geburtstagsparty. Mit ihrer Hilfe konnte die Aufmerksamkeit von Putins Stellvertreterkrieg in der Ukraine abgelenkt und der Eindruck erweckt werden, die Ukrainekrise sei nur eine Petitesse, weitgehend ein Anliegen von Anderen und keine Angelegenheit, die sich störend auf die naturgemäß guten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland auswirken dürfe. So etwa hatte es Herr Schröder nur wenige Monate vorher ausgedrückt, als er behauptete, Russland hätte berechnete Befürchtungen, eingekreist zu werden, wobei er sich auf „unglückliche Entwicklungen“ an den Randgebieten der einstigen Sowjetunion bezog und die Aktion des Kremls auf der Krim sogar mit einer Aktion seiner eigenen Regierung verglich, die die NATO bei der Bombardierung auf serbische Ziele während der Kosovokrise in 1999 unterstützt hatte.

---

<sup>3</sup> „Pro-Russia Rebels Hold German-led Observers Hostage“ Financial Times, 27. April 2014

<sup>4</sup> „Besondere Geburtstagsfeier mit Putin“, Die Zeit, 29 April 2014

“Wir haben unsere Flugzeuge nach Serbien entsandt, und sie haben gemeinsam mit den übrigen NATO-Mitgliedern einen souveränen Staat ohne die Unterstützung des UN-Sicherheitsrates bombardiert“ beharrte er. Die Reaktion von Kanzlerin Merkel erfolgte umgehend und unterkühlt, indem sie seine Äußerungen als „beschämend“ bezeichnete.

Dennoch steht Gerhard Schröder mit seinen Äußerungen und auch mit seiner verständnisvollen Haltung für Putin in Deutschland ganz und gar nicht allein da. Manchmal hört man genau dieselben Sätze von Menschen, die den Wahrheitsgehalt dieser Äußerungen gar nicht anzweifeln, und öfter noch von denen, die manipuliert wurden oder die es ganz einfach eigentlich besser wissen müssten.

Dass der Kreml in Deutschland auf substanzielle Unterstützung bauen kann, hat vielerlei komplizierte Gründe. Es liegt jedoch auf der Hand, dass Herr Putin und seine Berater schon seit langem damit kalkulieren, dass sich ein ernsthaftes Interesse an der öffentlichen Meinung in Deutschland sicher lohnen kann.

Es geht in Deutschland momentan nicht so sehr um den ideologischen Konflikt, sondern vielmehr um eine Gesinnung, deren auffälligstes Opfer allerdings die Wahrheit ist. Dies wiederum bietet geradezu einen Anschauungsunterricht für den immensen Schaden, der entstehen kann, wenn nur immer wieder das wiederholt wird, was nachweislich unwahr ist oder was verfälscht dargestellt wird. Der bisher entstandene politische Schaden ist bereits signifikant. Moskaus Informationskampagne wird jedoch im nächsten Jahr wahrscheinlich fatale Auswirkungen haben.

Diese Abhandlung ist der Frage gewidmet, inwiefern und weswegen die öffentliche Meinung in Deutschland von Moskau beeinflusst wird. Hat sich ein Staat einmal dazu entschlossen, mit einer feindlichen Informationskampagne einen anderen Staat zu schwächen oder ihn zu manipulieren, gestaltet sich die Suche nach Spuren und deren Nachweis recht kompliziert. Im Falle der Offensive Russlands mit dem Ziel der Einflussnahme auf die öffentliche Meinung in Deutschland ist es jedoch möglich, den Prozess ausfindig zu machen, so als würde ein Virus die Politik befallen, ihr entschlossenes Vorgehen schwächen und in entscheidenden Momenten ihr Vertrauen erschüttern. So erfolgreich ist die Kampagne, dass sie bereits einige ihrer strategischen Ziele sichern konnte. Dazu gehört unter anderem, die Idee einer „Sonderbeziehung“ zwischen Deutschland und Russland zu stärken, die Position der USA zu schwächen, die Akzeptanz und den Respekt für Russlands spezielle regionale Interessen wieder herzustellen und schließlich Russland ein Vetorecht hinsichtlich der Belange der europäischen Sicherheitspolitik einzuräumen. Durch die Kampagne wird die strategische Position Deutschlands im Herzen des westlichen Bündnisses bedroht.

Bevor jedoch analysiert werden kann, wie Moskaus Informationskampagne funktioniert, muss zunächst einmal nachvollzogen werden können, warum Russland so großen Wert darauf legt, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen. Die Problematik muss hierbei in ihrem historischen Kontext gesehen werden.

## **HISTORIE**

Gerhard Schröder hatte Recht mit seiner Forderung, Russlands Aktionen auf der Krim und in der Ostukraine im historischen Kontext zu betrachten. Alle Motivationsanalysen für die Aktionen des Kremls müssen sich auf den historischen Kontext beziehen. Argumente wie das von Herrn Schröder hervorgebrachte – der Kreml hege berechnete Befürchtungen, eingekreist zu werden – mögen,

oberflächlich betrachtet, von entscheidender Bedeutung sein, nicht nur, weil sie vermeintlich eine fadenscheinige Rechtfertigung für das rechtswidrige Vorgehen gegen das Völkerrecht und verbindliche Abkommen liefern, sondern auch, weil sie sich die Geschichte zu Nutze machen, um so eine wahrscheinliche emotionale Reaktion der deutschen Öffentlichkeit zu erzielen. Sowohl Russlands Geschichtsverständnis als auch Deutschlands Wunschdenken in Bezug auf Russland, dessen Wurzeln in der Vergangenheit liegen, haben eine Rolle gespielt, als das Fundament für eine Informationskampagne erstellt wurde.

Moskau verfügt über einen Weitblick für Geschichte und hat ein sicheres Gespür dafür, wie sie sich auslegen lässt. Der Kreml nutzt Geschichte als einen nützlichen Rohstoff für sein Informationsmanagement, der formbar ist und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden kann, womit ein Narrativ gebildet wird, eine Legende, die nützliche Lektionen und für Leichtgläubige scheinbar überzeugende Rechtfertigungen bietet. Vor allem ist sie flexibel und kann -- wenn die jüngsten Ereignisse politisch nicht gerade recht ins Bild passen -- so lange immer wieder umgestaltet werden, bis sie wieder stimmt. Wenn aktuelle geschichtliche Tatsachen gerade einmal nicht den erforderlichen politischen Anforderungen entsprechen, lässt sich das so lange umarrangieren, bis sie es wieder tun. Die Fiktion kann genauso gut sein wie die Fakten; wichtig ist nur der einleuchtende Bezug zur Vergangenheit.

Putins Informationskrieger sind inzwischen sehr kompetent, wenn es darum geht, die Geschichte so zu verdrehen, dass sie sich für die politischen Ziele des Kremls eignet, die variabel und oft undurchsichtig sind, doch die ganz sicher die Anerkennung von Moskaus „rechtmäßigen“ Interessen in Osteuropa und das Ende der EU-Sanktionen beinhalten. Die Gründung und Weiterentwicklung „Neurusslands“ als historische Rechtfertigung für Putins Pläne auf ukrainischem Territorium ist ein Paradebeispiel dafür.

“Das neue Russland handelt nicht nur mit unwichtigen kleinen Desinformationen, Fälschungen, Lügen, undichten Stellen und Internet-Sabotage, die gewöhnlich mit einem Informationskrieg einhergehen“, sagt der Analytiker Peter Pomerantsew. “Es erfindet die Realität neu, indem sie Massenhalluzinationen entstehen lässt, die dann in politische Aktionen umgesetzt werden. Nehmen wir Neurussland, wie Wladimir Putin die gewaltige Spaltaxt im Südosten der Ukraine genannt hat. Vielleicht zieht er in Betracht, das Gebiet zu annektieren; vielleicht auch nicht. Der Name stammt aus dem Zarenreich und repräsentierte entfernt gelegene Gebiete in Russland. Niemand, der heute in diesem Teil der Welt lebt, hätte sich jemals vorstellen können, einmal in Neurussland zu leben und ein Gefühl der Loyalität zu empfinden, zumindest bis vor einigen Monaten nicht. Jetzt wird aus dem fiktiven Neurussland das reale: Die russischen Medien zeigen Karten von seiner “Geographie”, während vom Kreml gestützte Politiker seine „Geschichte“ in die Schulbücher diktieren. Es gibt eine Flagge und sogar eine eigene Nachrichtenagentur (auf Englisch und Russisch). Es gibt mehrere Twitter Feeds. Das alles klingt nach einer phantastischen Erzählung von Borges – nur dass der Krieg, der im Namen Neurusslands geführt wurde, reale Todesopfer zur Folge hatte.”

Unglücklicherweise ist nicht jeder so korrekt, auf historische Genauigkeit zu bestehen. Viele führende Persönlichkeiten in Deutschland sind jetzt nur allzu gern bereit, dubiose Geschichtsversionen ins Feld zu führen, um Herrn Putin in seinem politischen Ehrgeiz zu unterstützen.

Beginnen wir jedoch zunächst mit dem Narrativ. Es ist wichtig, über die Begebenheiten Bescheid zu wissen und sie vollständig begriffen zu haben; denn durch sie wird vieles von dem, was folgt, verständlich. Das russische Narrativ für Deutschland entschlüsselt Moskaus Ziele und lässt

nachvollziehen, warum Deutschland für Moskau zur wichtigen Front seines globalen Informationskrieges geworden ist und welche Methoden und Botschaften dabei angewandt werden.

Im achtzehnten und frühen neunzehnten Jahrhundert mischte Russland sich in die deutsche Politik nur ein, um die Teilung der deutschen Staaten aufrecht zu erhalten und sie nicht ihren Feinden wie Schweden und Frankreich zu überlassen. Als Otto von Bismarck Kanzler von Preußen wurde, war Russland fest entschlossen, diese neue Dynamik zu akzeptieren. Bismarck war russophil; er war ehemals Botschafter von Preußen in Sankt Petersburg gewesen und trug als Zeichen seiner Bewunderung für den lakonischen Stoizismus der Russen sogar einen Ring, in den das Wort „Nitschewo“ eingraviert war. Er überzeugte die Russen davon, die Vereinigung Deutschlands zu akzeptieren und schuf den *„Dreikaiserbund“*, eine Koalition der drei Kaiserreiche, die in geheimen Protokollen Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland zu einer Allianz der konservativsten Mächte Europas machte.

Der Dreikaiserbund basierte auf der Erkenntnis, dass sich in einer engen Partnerschaft für alle drei Länder enorme wirtschaftliche Chancen boten. Russland profitierte von deutschen Investitionen und deutscher Technologie, während für Deutschland und Österreich der Weg zu Russlands anscheinend grenzenlosen Ressourcen an Rohstoffen geebnet wurde. Zahlreiche Befürworter in Russland, darunter der Staatsmann Graf Witte, sahen in der deutschen Allianz die Grundlage sowohl für den Frieden in Europa als auch für den russischen Wohlstand und die Weiterentwicklung. Als Witte von Nikolaus II., der unbedingt eine Allianz mit der französischen Republik eingehen wollte, seines Amtes als Premierminister enthoben wurde, war er zutiefst empört und konspirierte gegen seinen Landesfürsten vom Zeitpunkt seiner Absetzung bis hin zu seinem Todestag kurz nach Ausbruch des ersten Weltkriegs.

Witte repräsentierte allerdings eine politische Denkrichtung Russlands, die bis zum heutigen Tage anhält und der sich Präsident Putin verschrieben haben mag. Sie ist nicht *„slawophil“* im Sinne eines alten, intellektuellen Konflikts in Russland zwischen den so genannten *„Verwestlichern“* und den *„Slawophilen“*. Wenn überhaupt, repräsentiert sie die eine Seite des geteilten verwestlichten Flügels russischer Denkweise. Im Wesentlichen beinhaltet sie, dass Russland zwar offen sein muss für westliche Einflüsse, *„den Westen“* jedoch aufteilen muss, um die eigene Position und den eigenen Einfluss zu sichern. Im neunzehnten Jahrhundert war es das Ziel der russischen und deutschen Staatsmänner, von Bismarck bis zu Witte, die Allianz zwischen Russland und Deutschland zu stärken, um so Frankreich und Britannien auszugrenzen. Im Besonderen war dies ein Instrument, um die Aufteilung Osteuropas in separate Einflussbereiche zu ermöglichen, in denen jede der drei Mächte die Kontrolle ausüben konnte. Unter Präsident Putin hat sich die russische Politik in vergleichbarer Weise entwickelt: zunächst wurde angestrebt, Europa für sich zu vereinnahmen, und als dieser Versuch vor Kurzem misslang, wollte man sich mit Deutschland separat arrangieren und so die USA umgehen und ihren Einfluss in Europa reduzieren, damit man eine eigene Definition seines *„legitimen“* Einflussbereichs aufstellen kann.

Präsident Putin ist zufrieden, wenn die Weltlage aus der Sicht des neunzehnten Jahrhunderts betrachtet wird. Diese Perspektive basiert darauf, dass zwischen Russland und Deutschland eine *„besondere Beziehung“* besteht; ihre Wurzeln liegen oft tief unter der europäischen Geschichte der letzten 150 Jahre. Es wird davon ausgegangen, dass all dies irgendwie einer natürlichen Ordnung folgte, die durch den Unverstand von Zar Nikolaus II oder den Machenschaften der Franzosen brutal gestört wurde. Alle möglichen Verschwörungstheorien gibt es dazu. Die Anhänger dieser Sicht der Dinge sind der Meinung, es gehe darum, zurückzukehren zum *status quo ante* – der angenehmen Atmosphäre politischer *Gemütlichkeit*, in der die Großfürsten Romanow hessische Prinzessinnen heirateten, russische Wissenschaftler und Philosophen deutsche Texte lasen und die Fabriken des

Reichs mit Rohstoffen aus Sibirien nur so überschwemmt wurden. Es ist das Bild von einem dem Osten zugeneigten Europa, das von einer unerschütterlichen Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland dominiert wird. Das Echo des dadurch geprägten *Leitmotivs* ist von Bismarck bis zu Gerhard Schröder zu hören.

Zu Beginn des ersten Weltkriegs galt überwiegend diese Auffassung, und die Lobbyisten fühlten sich ihr so sehr verpflichtet, dass Kaiser Wilhelm daran glaubte, auf seinen Cousin „Nicky“ müsse nur genügend Druck ausgeübt werden, damit er aus der Entente ausbricht. Während der ersten zwei Jahre des Krieges würden die „dunklen Mächte“, die am Petrograder Hof überall im Schatten der Zarin lauerten und die durch dunkle Kanäle in den skandinavischen Großstädten mit Berlin verbunden waren, Nikolaus schon dazu zwingen, sich von seinen britischen und französischen Verbündeten zu trennen. Erst [1920 ?? *can't be*] hatte der deutsche Führungsstab genug von den vielen ungeschickten Versuchen, Nikolaus zu überzeugen und entschied stattdessen, die Revolution in Russland zu unterstützen.

Als das Oberkommando Lenin in einem plombierten Eisenbahnwaggon nach Petrograd zurückschickte, geschah dies in dem Bewusstsein, er sei ein loyaler Agent, der von einem von der Wilhelmstraße kontrollierten Netzwerk unterstützt und gut finanziert wurde. Er lieferte eine Revolution, genau wie es Brockdorff-Rantzau, Maltzahn und die anderen Architekten der neuen, den Bolschewismus fördernden Politik des Kaisertums erwartet hatten. War Lenin an der Macht, bot sich für Deutschland dadurch nicht nur die Chance, die reichen Länder der Westukraine widerstandslos zu okkupieren, sondern auch mehrere Truppen von der Ostfront abzuziehen, die 1918 für Hindenburgs Frühjahrsoffensive in Flandern gebraucht wurden. Eine von Deutschland finanzierte Revolution reichte fast schon aus, um den Sieg zu erringen, bevor amerikanische Truppen eingesetzt würden.

Als die neue republikanische Regierung Deutschlands gezwungenermaßen den demütigenden Vertrag von Versailles unterzeichnen musste, folgte die Strafe in Form von Reparationszahlungen. Deutschland konnte sich jedoch bald an Russland wenden, um Hilfe bei seiner Befreiung aus dem Würgegriff der Alliierten zu erhalten. Der Außenminister der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Tschitscherin und sein Amtskollege Rathenau unterzeichneten den Vertrag von Rapallo im Jahre 1920. Nachdem im Verlauf von nur vier Jahren vermeintliche Gegner zu Partnern geworden waren, war dies eine bemerkenswerte Vereinbarung. Beide Regierungen kamen überein, im Sinne des gegenseitigen Wohlwollens miteinander zu kooperieren und die wirtschaftlichen Bedürfnisse beider Staaten zu erfüllen.“ Deutschland wurde von seinen finanziellen Verpflichtungen Russland gegenüber befreit, womit der Wiederaufbau seinen Anfang nahm. Bald war es mit sowjetischer Hilfe auch möglich, mit der Wiederaufrüstung zu beginnen. In den Jahren nach der Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo hielten die Rote Armee und die Reichswehr „eine Reihe geheimer Treffen ab“, während derer sie den Rahmen für eine militärische Kooperation schufen.“<sup>5</sup> Ein Konzessionssystem ermöglichte deutschen Firmen die Übernahme von Schiffswerften, Fabriken der Rüstungsindustrie und anderen hochsensiblen Einrichtungen. Auch wurden auf dem sowjetischen Territorium geheime Stützpunkte errichtet, wo neue Panzermodelle und Flugzeuge getestet wurden, ranghohe Offiziere gemeinsam exerzierten und mit den neuesten Errungenschaften der Militärtaktik und –technik experimentierten. Mit der Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotow-Paktes erhielt Deutschland sogar die Erlaubnis, einen geheimen Stützpunkt bei

---

<sup>5</sup> Ian Johnson, „Sowing the Wind: the First Soviet-German Military Pact and the Origins of World War II,“ [warontherocks.com](http://warontherocks.com)”

Murmansk zu errichten, um den „britischen Schiffsverkehr ab sofort zu unterbinden und bei der Invasion Norwegens zu assistieren.“<sup>6</sup>

Die Kooperation von Berlin und Moskau hatte sich so sehr verfestigt, dass Stalin es anfänglich absolut nicht begreifen konnte, als sein „Verbündeter“ sich mit der Operation Barbarossa im Jahr 1941 gegen ihn wandte.

Mit dem Sieg der Sowjets wurde der Einfluss Moskaus auf Deutschland so stark wie nie zuvor. Im Osten des geteilten Landes regierten die „Marionetten“ des Kremls unter russischer Vorherrschaft; im Westen zollte man der sowjetischen Macht angstvollen Respekt, und selbst, als Adenauer die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen gesichert hatte, gab es eine unfreiwillige Bewunderung für die Rolle Moskaus bei der Kapitulation des Nationalsozialismus. Die Besonderheit der politischen Position Deutschlands als geteiltes Land führte schließlich zur „*Ostpolitik*“, die wiederum dazu beitrug, eine neue Zeit der Entspannung zwischen Ost und West zu schaffen. Als sich der kalte Krieg seinem Ende näherte, stand Deutschland wieder im Mittelpunkt Europas und wurde zur wichtigen Figur auf dem internationalen Schachbrett.

An dieser Stelle des Narrativs ist die Historie nicht mehr nur ein *Leitmotiv*. Aus dem Narrativ entsteht eine kraftvolle politische Legende, die zu einem bedeutenden Element des Bildes wird, das Russland der deutschen Öffentlichkeit von sich, seinen Interessen und seinen Zielen präsentiert.

Der sowjetische Regierungschef Michail Gorbatschow gab seine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung, genauso wie seine Vorgänger im neunzehnten Jahrhundert Bismarcks Vereinigung der deutschen Staaten akzeptiert hatten. Doch nach Ansicht der heutigen Regierung im Kreml gab es die Wiedervereinigung nicht gratis. Ihr Preis war ein Versprechen, und dieses Versprechen wurde gebrochen. Diese Legende ist ebenso kraftvoll und verführerisch wie die von Deutschland zuvor etablierte *Dolchstoßlegende*, und sie wurde genutzt, um Aggressionen nach außen zu rechtfertigen. So wie die Deutschen die Legende des „Dolchstoßes von hinten“ nach dem ersten Weltkrieg bereitwillig akzeptierten und Hitler damit letzten Endes zur Machtübernahme verhalfen, stößt auch Moskaus gegenwärtige Geschichte vom „gebrochenen Versprechen“ auf ein empfängliches Publikum. Das „gebrochene Versprechen“ ist zu Russlands eigenem „Dolchstoß von hinten“ geworden, und diese Mär wird in Deutschland von den Freunden des Kremls wieder und wieder nacherzählt. Sie ist jedoch nachweisbar falsch: es gab niemals ein Versprechen, das man brechen könnte.

## DER DOLCHSTOß VON HINTEN

Im November 2009 wurde dem deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ein Interview mit dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedew auf seinem offiziellen Landsitz außerhalb Moskaus gewährt. Das ausführliche Interview umfasste Fragestellungen vom kürzlich durchgeführten Angriff auf Georgien bis hin zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. Medwedew beklagte sich über die Unfähigkeit des Westens, eine akzeptable Grundlage für seine Beziehungen zu Russland seit dem Ende der Sowjetunion zu schaffen und vertrat die Ansicht, Moskau sei getäuscht worden.

„Es gelang nicht, Russlands Platz in Europa neu zu definieren“, sagte er. „Nachdem der Warschauer Vertrag verschwunden war, hofften wir auf einen höheren Grad der Integration. Aber was haben wir bekommen? Nichts von dem, was uns zugesichert worden ist: dass die Nato nicht endlos nach Osten

---

<sup>6</sup> ebd.



erweitert wird und unsere Interessen stets berücksichtigt werden. Die Nato bleibt ein Militärblock, dessen Raketen auf russisches Territorium zielen. Uns schwebt dagegen eine neue europäische Sicherheitsordnung vor... Ich will damit kein Gegengewicht zur Nato. Aber wir brauchen einen universellen Mechanismus, um innereuropäische Meinungsverschiedenheiten zu klären. Wie fragil unsere Sicherheit ist, hat der Konflikt mit Georgien gezeigt. Das war ein europäischer Konflikt.”<sup>7</sup>

Medwedews Äußerungen sind nicht nur deshalb interessant, weil sie zeigen, wie die Legende vom „gebrochenen Versprechen“ auf der höchsten Ebene des russischen Staates vorangetrieben wird, sondern auch, weil sie konkret auf Moskaus Wunsch hinweisen “... uns schwebt eine neue europäische Sicherheitsordnung vor.”

Der Georgien-Krieg war Moskaus erster unverhohlener Ansatz, seine “rechtmäßigen” Interessensphären im “nahen Ausland” zu behaupten und die Ambitionen ehemaliger Sowjetstaaten zu überprüfen, die nun eine engere Verbindung zum Westen suchten. Die Legende vom „gebrochenen Versprechen“ war ein wichtiges politisches Kriegswerkzeug in der Waffenkammer des Kremls.

Gorbatschow selbst hatte die offizielle Stellungnahme aus dem Jahr 2009 schon vorher pflichtschuldigst einstudiert. Die staatliche Nachrichtenagentur RIA-Novosti berichtete, dass “der ehemalige sowjetische Regierungschef Michail Gorbatschow die Osterweiterung der NATO und das Versagen der Westmächte, ihr Versprechen zu halten und keine militärischen Stützpunkte an den Grenzen Russlands zu stationieren, kritisiert” habe. Die Agentur hatte sich dabei auf Äußerungen Gorbatschows in einem Interview mit der deutschen Bild Zeitung berufen, in dem er sagte, dass „die Vereinigten Staaten und andere westlichen Länder nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 versprochen hätten, dass die „*NATO keinen Zentimeter nach Osten*“ rücken würde.“ Er beschuldigte die Amerikaner, ihr Versprechen nicht gehalten zu haben und behauptete, die Deutschen hätten ein Auge zugedrückt.

“Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat“, sagte er und fügte hinzu, dass dies zur Desillusion der Russen geführt hätte, wenn es um die Beziehungen zum Westen in der Zeit nach dem Ende des kalten Krieges gehe.<sup>8</sup>

Dennoch hat die NATO niemals das Versprechen gegeben, im Austausch dafür, dass die Sowjets der deutschen Wiedervereinigung zustimmen, nicht nach Osten zu expandieren.

“Die westlichen Regierungschefs haben niemals versprochen, die NATO nicht nach Osten auszudehnen“, sagt der frühere amerikanische Diplomat Steven Pifer. “Die Deutschen, Briten und Franzosen hatten sich im Jahre 1990 lediglich darauf verständigt, es nicht zu einem Einsatz von nichtdeutschen Nato-Streitkräften auf dem Territorium der früheren DDR kommen zu lassen. Ich war damals stellvertretender Direktor in der für die Sowjetunion zuständigen Abteilung des amerikanischen Außenministeriums, und sicherlich war auch das ein Thema der Diskussionen, die unser Außenminister James Baker mit Gorbatschow und dessen ehemaligem Außenminister, Eduard Schewardnadse, geführt hat. Im Jahre 1990 konnten sich kaum jemand ernsthaft vorstellen, dass die Möglichkeit einer NATO-Osterweiterung überhaupt bestehen könnte.”<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> „Wir waren naiv“, Interview mit Dmitrij Medwedew, Der Spiegel 9. November 2009

<sup>8</sup> “Gorbachev Blasts NATO Eastward Expansion”, Interview der Bild Zeitung mit Michail Gorbatschow, Berichterstattung durch RIA-Novosti, 2. April 2009.

<sup>9</sup> Steven Pifer, “Did NATO Promise Not to Enlarge? Gorbachev Says “No””, Brookings, 6. November 2014

Der Analytiker Mark Kramer hat betont, dass “die Kontroverse in dieser Frage größtenteils auf einige wenige Gespräche beruht, die in der ersten Hälfte des Februars 1990 geführt wurden, also gleich nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa... Von besonderer Relevanz sind dabei ein Gespräch zwischen Baker Michail Gorbatschow am 9. Februar 1990 und eines zwischen dem westdeutschen Kanzler Helmut Kohl und Gorbatschow am folgenden Tag. Von ebenso großer Wichtigkeit sind die Gespräche zwischen Kohl und Gorbatschow in Moskau und Stawropol im Juli 1990.

Es ist ein Glück, dass nach all der Zeit die amerikanischen, deutschen und russischen Protokolle dieser und auch anderer Gespräche zur deutschen Wiedervereinigung verfügbar gemacht wurden. Die vor kurzem erfolgte Freigabe entscheidenden Archivmaterials in Deutschland, Russland, den Vereinigten Staaten und vielen anderen europäischen Ländern ermöglicht nun endlich die Klärung aufgrund der Unterlagen aus dieser Zeit. Die Dokumente ... stärken die Auffassung, dass die Vereinigten Staaten oder andere westliche Länder niemals versprochen haben, die NATO über Deutschland hinaus zu erweitern. Die Regierungen der Briten, Amerikaner, Franzosen und Westdeutschen machten im Jahr 1990 zwar einige Zusagen hinsichtlich der Rolle der NATO in Ostdeutschland. Diese Zusagen sind auch alle in der abschließenden Regelung in Bezug auf Deutschland festgelegt sind, doch gab es von keinem einzigen westlichen Regierungschef jemals ein „Versprechen“ oder eine „Verpflichtung“ oder eine „kategorische Zusicherung“ bezüglich der Rolle der NATO gegenüber den übrigen Ländern des Warschauer Pakts. Tatsächlich wurde dieses Thema während der Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung gar nicht berührt, und die sowjetischen Regierungschefs hatten zu der Zeit auch niemals behauptet, dass es so gewesen sei.”<sup>10</sup>

Michail Gorbatschow hat persönlich vor Kurzem bestätigt, dass niemals eine Zusage der NATO, ihren Einflussbereich nicht nach Osten auszudehnen, auf der Tagesordnung gestanden habe.

“Die Frage der NATO-Erweiterung wurde in jenen Jahren nicht erörtert und stand nicht zur Diskussion“, sagte er in einem Interview mit ‘Russia Beyond the Headlines’ in 2014. „Ich sage das mit aller Verantwortlichkeit. Kein einziges osteuropäisches Land warf diese Frage auf, auch nicht die Frage nach der Auflösung des Warschauer Vertrages im Jahr 1991. Auch die westlichen Staatsführer warfen diese Frage nicht auf. Es wurde damals eine andere Frage, die wir gestellt hatten, diskutiert: Dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands kein Vorrücken militärischer NATO-Strukturen oder eine Entfaltung zusätzlicher bewaffneter Kräfte des Bündnisses auf dem Gebiet der damaligen DDR erfolgt. In diesem Zusammenhang erfolgte die Erklärung Bakers, die Sie in Ihrer Frage erwähnten. Darüber sprachen auch Kohl und (der frühere Außenminister Hans-Dietrich) Genscher.

“Alles, was für die Sicherung dieser politischen Zusage getan werden musste und konnte, wurde getan. Und erfüllt. Im Vertrag über die endgültige Regelung für Deutschland hieß es, dass im Ostteil des Landes keine neuen militärischen Strukturen geschaffen, keine zusätzlichen Truppen aufmarschieren und keine Massenvernichtungswaffen stationiert werden. Dies wurde all die Jahre eingehalten. Gorbatschow und die damalige sowjetische Führung sollten also nicht als naive Menschen, die um den Finger gewickelt wurden, dargestellt werden. Naivität kam später, als diese Frage auf die Tagesordnung kam und Russland anfangs „nichts dagegen“ hatte.”<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Mark Kramer, “The Myth of a No-NATO-Enlargement Pledge to Russia”, Center for Strategic and International Studies, Spring 2009

<sup>11</sup> Michail Gorbatschow, „Ich bin gegen jegliche Mauern“, Interview mit “Russia Beyond the Headlines” am 16. Oktober 2014. (In diesem Interview erklärt Gorbatschow, dass die Entscheidung der NATO im Jahr 1993, sich nach Osten auszudehnen aus seiner Sicht zwar gegen die beabsichtigten

Deutlicher hätte Gorbatschow es gar nicht ausdrücken können. Seine Version der Geschehnisse während seiner eigenen Verhandlungen wird allerdings von Putin nicht geteilt. Der russische Präsident hat wiederholt die Legende des „gebrochenen Versprechens“ bestätigt und verkündet. Ganz besonders ist ihm daran gelegen, sie in Deutschland zu verbreiten.

“Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat“ sagte er auf der Münchener Konferenz zur Sicherheitspolitik im Jahr 2007. “Im Gegenteil, das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt. Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben? Wo sind jetzt diese Erklärungen? An sie erinnert man sich nicht einmal mehr. Doch ich erlaube mir, vor diesem Auditorium daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat von einem Auftritt des Generalsekretärs der NATO, Herrn Wörner, am 17. Mai 1990 in Brüssel bringen. Damals sagte er: „Schon der Fakt, dass wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“ Wo sind diese Garantien?“<sup>12</sup>

Dass Putin diese Stelle aus der Rede Manfred Wörners zitierte, war perfide. Dieser Satz wurde aus dem Kontext gerissen, er hatte sich ganz klar auf die Streitkräfte der NATO im Ostteil Deutschlands bezogen und bedeutete nicht die Zusage, das westliche Bündnis nicht weiter auszudehnen.<sup>13</sup>

Bei zahlreichen Gelegenheiten greift Putin auf dieses Thema zurück. Das hat in der deutschen Öffentlichkeit natürlich hohen Wiedererkennungswert.

“Wir haben es von Anfang an nicht geschafft“, sagte er den Journalisten der Bild Zeitung im Januar 2016. “Vor 25 Jahren ist die Berliner Mauer gefallen, aber es sind unsichtbare Mauern in den Osten Europas verschoben worden. Das hat zu gegenseitigen Missverständnissen und Schuldzuweisungen geführt, aus denen all die Krisen seitdem erwachsen sind... In Deutschland kritisieren mich viele für meinen Auftritt damals bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007. Aber was habe ich da gesagt? Ich habe nur darauf hingewiesen, dass der ehemalige Nato-Generalsekretär Manfred Wörner zugesagt hatte, die Nato werde sich nach dem Fall der Mauer nicht nach Osten erweitern. Viele deutsche Politiker haben auch davor gewarnt, zum Beispiel Egon Bahr.“<sup>14</sup>

Die Legende vom „gebrochenen Versprechen“ dient einem Zweck, genau wie es vor ihr die *Dolchstosslegende* tat. Er besteht darin, bestimmte Aktionen zu legitimieren. Im Fall Putin wird deutlich, dass diese Legende Teil eines kontinuierlichen Versuchs ist, sich eine verzerrte Version der Geschichte für seine Ziele zunutze zu machen. Warum sollte er sonst auf der Verbreitung einer nachweisbaren Lüge bestehen? Als er den Zerfall der Sowjetunion bekanntermaßen als “die größte

---

Zielsetzungen war, jedoch keinen Bruch gegen die mit ihm getroffenen Vereinbarungen darstelle: “Die Entscheidung der USA und ihrer Bündnispartner zur NATO-Osterweiterung wurde endgültig 1993 formuliert. Ich habe dies von Anfang an als großen Fehler bezeichnet. Zweifelsohne war dies eine Verletzung des Geistes jener Erklärungen und Beteuerungen, die 1990 geäußert wurden. Was dagegen Deutschland betrifft, wurden diese juristisch fixiert und werden eingehalten.”)

<sup>12</sup> Wladimir Putin, Rede auf der Münchener Konferenz zu Fragen der Sicherheitspolitik am 10. März 2007

<sup>13</sup> Manfred Wörner, „The Atlantic Alliance and European Security in the 1990s“, Rede vor dem Bremer Tabaks Collegium am 17. Mai 1990

<sup>14</sup> „Für mich sind nicht Grenzen und Staatsterritorien wichtig“, Interview mit Wladimir Putin, Bild, 11. Januar 2016

Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg“ kommentierte, war das nicht nur eine beiläufige Feststellung. Er betrachtet einen Großteil des Gebiets der alten Sowjetunion als umstritten, und in einem Informationskrieg ist der Bezug auf die Geschichte eine ganz besonders nützliche Waffe bei dem Ziel, Land wiederzugewinnen.

Die Legende ist schon oft genug wiederholt worden, und es gab in Deutschland viele Menschen in Führungspositionen – Politiker, Akademiker, Journalisten und Geschäftsleute – die das weiterhin tun, ohne darüber nachzudenken. Sie schließen sich sogar Putins Auffassung an, der Zerfall der Sowjetunion sei eine Tragödie, und geißeln eine ganze Generation westlicher Führungskräfte dafür, dass sie die Gelegenheit verpasst habe, bessere Beziehungen zu Russland herzustellen. Wehmütig erinnern sie sich an die guten alten Zeiten von Bismarck, der *‘Ostpolitik’* oder der *Deutsch-Sowjetischen Freundschaft*. Doch durch diese nostalgische Haltung werden die vielen Völker an Russlands Außengrenzen, die einfach nur ihr eigener Herr sein wollen, geflissentlich ignoriert. Sie zu ignorieren, bedeutet jedoch zuzulassen, dass sie anfällig dafür sind, von ihren mächtigeren Nachbarn in deren *“rechtmäßige”* Gebiete einverleibt werden können.

### **RUSSLAND-VERSTEHER UND "ENTTÄUSCHTE HOFFNUNGEN – CHANCEN VERTAN"**

Für einen Angelsachsen ist es nicht so einfach, das deutsche Wort *Russland-Versteher* in die eigene Sprache zu übersetzen. Vieles hängt mit dem Kontext zusammen, in dem es verwendet wird. Mit dem Begriff kann sowohl jemand gemeint sein, der Russland versteht als auch jemand, der alles rechtfertigt, was die Russen tun. Dazu zählen auch die, die sich einer Ideologie verpflichtet fühlen oder die emotional gebunden, die ferngesteuert und auch jene, die ganz einfach nur naiv sind. Welcher dieser Aspekte auf bestimmte Personen zutreffen könnte, mag der Leser selbst entscheiden.

“Wenn Deutsche einem Begriff das Wort *Versteher* (einer, der versteht) anhängen, vermischen sie in der Regel Schmeichelei mit Ironie“, wie der Economist kürzlich feststellte “Demnach ist ein *Frauenversteher* (einer, der die Frauen versteht) normalerweise ein Mann, der übertrieben damit prahlt, sich mit dem anderen Geschlecht auszukennen. Der Zusatz „Versteher“ findet sich heute auch bei Titulierungen wie dem so genannten *Russland-Versteher* oder *Putin-Versteher*: Angehörige der Elite oder des Bildungsbürgertums, die in Talkshows, Zeitschriften oder auf Dinnerpartys voller Empathie für Russland und seinen Präsidenten schwärmen. Zwei frühere sozialdemokratische Kanzler gehören ebenfalls dazu. In der Zeitschrift *Die Zeit* äußerte Helmut Schmidt, dass die Annexion der Krim von Herrn Putin zwar nicht ganz „legitim“, aber „verständlich“ sei.<sup>15</sup>

Gabriele Krone-Schmalz bezeichnet sich selbst unverhohlen als *Russland-Versteherin*. Sie ist Professorin für Journalismus [*an ignomy for the academic world*] und arbeitete früher als Russlandkorrespondentin der ARD in Moskau. [*... und war seitdem praktisch nicht mehr in Moskau, lebt auf den Balearen*] Durch ihren Werdegang als Berichterstatteerin kennt sie Russland gut, aber sie ist auch eine Verfechterin des Landes. “Russland verstehen“ wurde im letzten Jahr herausgebracht und erreicht bereits die dreizehnte Auflage. Der Untertitel des Buches lautet “Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens“, und es will Informationen bieten zu den russischen Interessen und Perspektiven, damit die deutschen Leser zu einem besseren Verständnis gelangen.

“Wie ist es um die politische Kultur eines Landes bestellt, in dem ein Begriff wie “Russlandversteher“ zur Stigmatisierung und Ausgrenzung taugt? Muss man nicht erst einmal etwas verstehen, bevor

---

<sup>15</sup> “How very understanding: Germany’s ambivalence towards Russia reflects its confused identity”, The Economist, 10. Mai 2014

man es beurteilen kann? Verstehen heißt doch nicht: automatisch für gut befinden. Wer etwas versteht, begreift Zusammenhänge, kennt Hintergründe und hat auf dieser Basis die Chance zu erklären, was vorgeht und warum.“

„Russland verstehen“ ist der Versuch, eine russische Perspektive auf die jüngsten Ereignisse zu präsentieren. Das Buch bietet eine recht umfangreiche Auswahl an Schlüsselmomenten in den Beziehungen des Westens zu Russland während der letzten drei Jahrzehnte. Die im Buch präsentierten Argumente werden oft von *Russland-Verstehern* in der Politik, den Medien und in der Wirtschaft angewandt, aber hier zielen sie ganz deutlich ohne Scheu und Scham darauf ab, Sympathie für die Position des Kreml zu wecken.

Ein wichtiges Argument, das aus einigen, oben skizzierten historischen Positionen herangezogen wird, besteht darin, dass Deutschland und der Westen eine große Chance vertan haben, auf Russland zuzugehen. Wenn wir wirklich versucht hätten, so das Argument, Russland in die Architektur eines neuen Europas mit einzubeziehen und wir nicht nur auf unsere Vorteile bedacht gewesen wären, als das Land schwach war, wäre alles gut gewesen und wir würden heute nicht mit dieser beängstigend Krise konfrontiert.

“Wenn wir von heute aus zurückblicken: Hat es etwas Entlarvendes, von Zerfall zu sprechen statt von Neuordnung? Hätte man in Moskau besser damit umgehen können, wenn dieser historische Einschnitt nicht nur mit Verlust – territorial, emotional, Prestige – verbunden gewesen wäre, sondern mit Gewinn von Chancen?

Es war eine politische Meisterleistung, die Sowjetunion im Wesentlichen ohne Blutvergießen aufzubrechen. Doch statt den Prozess unterstützend zu begleiten, wurde dieser Teil der Erde auf die Verliererstraße geschickt. Es war kein Geheimnis, dass sich die Begeisterung der USA über ein gemeinsames europäisches Haus, in dem sich ganz Europa inklusive Russland einrichten würde, in Grenzen hielt.“<sup>16</sup>

Das ist kein schlechtes Argument, und tatsächlich gibt es auch viel daran zu kritisieren, wie der Westen während der letzten drei Jahrzehnte mit Russland umgegangen ist. Ohne Zweifel gab es “enttäuschte Hoffnungen und verpasste Chancen” – die Überschrift eines Kapitels im Buch von Krone-Schmalz und einer der Schlüsselbotschaften von *Russland-Verstehern*. Sicher hätte man intelligenter, sensibler und zeitweise sogar verständnisvoller mit Moskau umgehen können. Allerdings nehmen Krone-Schmalz, Gerhard Schröder und andere *Russland-Versteher* diese eine unproblematische Prämisse zum Anlass, Moskau tendenziell für alles zu entschuldigen und dem Westen Vorwürfe zu machen.

Der Historiker Heinrich August Winkler und der Osteuropaexperte Karl Schlögel sind beide *Russland-Versteher*, jedoch in einem anderen Sinn. Nach Jahren der Forschung und des Studiums kennen und verstehen sie Russland so gut wie alle in Deutschland, doch haben sie nur wenig Sympathie für Wladimir Putin und seine aggressive Außenpolitik gegenüber den Nationen an den russischen Außengrenzen.

Winkler betrachtet die Deutschen, die dem russischen Präsidenten sofort hilfreich zur Seite springen, die so genannten “*Putin-Versteher*”, als Anhänger einer Tradition rechter Ideologie, die aus der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus stammt. In einem Essay für den Spiegel

---

<sup>16</sup> Gabriele Krone-Schmalz, „Russland Verstehen: Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens“, CH Beck, München 2015

zieht er einen Bogen von "rechten Politikern, Militärs Intellektuellen" aus der Weimarer Zeit über Goebbels bis hin zu den modernen Verfechtern einer russisch-deutschen Sonderbeziehung. "Putins deutsche Verteidiger wissen nicht, in welcher Tradition sie stehen", schrieb er. Zwar rät er dazu, der Ukraine die Mitgliedschaft in der Nato zu verwehren, denn "die Einbeziehung dieser historisch eng mit Russland verbundenen ehemaligen Sowjetrepublik in die Nato müsste Russland in der Tat als "Einkreisung" empfinden", dennoch lehnt er es ab, wie Moskaus Propaganda zu oft leichtfertig von den Menschen wiederholt wird, die es eigentlich besser wissen müssten.

"Die in letzter Zeit häufig wiederholte und auch von Putin aufgestellte Behauptung, die Nato habe ihr Versprechen gebrochen, sich nicht nach Osten auszudehnen, ist eine historische Legende."

"Putin beschränkt sich aber nicht darauf, einer Nato-Mitgliedschaft früherer Sowjetrepubliken entgegenzutreten. Sein Projekt einer Eurasischen Union ist ein Ausdruck von Neoimperialismus. Die Staaten, die sich diesem Gebilde anschließen, sollen sich wirtschaftlich wie politisch dem Willen der Führungsmacht, Russland, unterwerfen. Solche Bestrebungen mit Sympathie zu begleiten, wie es deutsche Russland-Versteher tun, hat der Westen keinen Anlass..."

"Vieles spricht dafür, dass Putins expansiver Nationalismus ein Versuch ist, von der unübersehbaren Schwäche der Wirtschaft, den Folgen ihrer Abhängigkeit von Rohstoffexporten, abzulenken. Doch weder äußere Expansion noch innere Repression sind geeignete Mittel, um die Anziehungskraft, die westliche Ideen von Menschenrechten, Rechtsstaat und pluralistischer Demokratie auf Teile der russischen Gesellschaft ausüben, dauerhaft zu schwächen. Am Ende könnte sich der Erfolg, den Putin durch die in jeder Hinsicht kostspielige Einverleibung der Krim errungen zu haben glaubt, als Pyrrhussieg erweisen."<sup>17</sup>

Karl Schlögel betrachtet den "Angriff auf das Denken" als Teil von Putins Plan, indem der Westen herausgefordert und – möglicherweise sogar völlig überfordert – wird, nicht nur durch „einen militärischen Gewaltakt in Europa“, "...sondern auch durch den Informationskrieg Putins, der die Grundlage des Denkens schlechthin zu zerstören droht." Er meint damit, dass der Informationskrieg Russlands so hochentwickelt und ausgeklügelt formuliert ist, dass nun selbst Standpunkte unterminiert werden, die bisher für uns selbstverständlich waren.

"Es geht längst nicht mehr um Propaganda und Gegenpropaganda", so Schlögel, „sondern um die Auseinandersetzung darum, ob es überhaupt noch eine Unterscheidung von *facts* und *fiction* gibt. Fakten werden zu einer Frage der Interpretation, nach der Devise: Alles ist gelogen, alles ist gleich wahr.“ Diese Idee gab es schon bei den alten Klassikern. Thukydides und Cicero kannten sie, doch ist Schlögel der Meinung, dass Russlands Informationskrieg sich virtuos der postmodernen Rhetorik von der Multiperspektivität bedient und alles relativiert

## DIE "QUERFRONT" UND IHRE SCHLÜSELBOTSCHAFTEN

Ausmaß und Umfang der Moskauer Informationskriegsführung in Deutschland sind sowohl eindrucksvoll als auch alarmierend. Sie macht sich die Möglichkeiten zunutze, die heute auf dem Gebiet der Kommunikation und der Medien gegeben sind. Sie hat die althergebrachten Modelle von Propaganda und psychologischer Kriegsführung auf das heutige Informationszeitalter übertragen. Was mit der Kampagne erreicht werden soll, liegt auf der Hand: die politische Meinung soll

---

<sup>17</sup> „Die Spuren schrecken: Putins deutsche Verteidiger wissen nicht, in welcher Tradition sie stehen“, Heinrich August Winkler, Der Spiegel, 14 April 2014

verändert und folglich Deutschlands Haltung in wichtigen Bereichen seiner Außenpolitik beeinflusst werden. Bisher ist es gelungen, ein breites Spektrum politischer Unterstützer einzubeziehen und eine kraftvolle Querfront-Lobby für eine vollkommen andere Haltung in Bezug auf die deutsch-russischen Beziehungen aufzubauen, ohne größere Aufmerksamkeit zu erregen.

Deren Schlüsselbotschaften sind:

- Deutschland und Russland hatten in der Vergangenheit eine "Sonderbeziehung" und sollten diese wiederaufnehmen
- Die Schuld am Krieg bedeutet für Deutschland, sich gegenüber Russland äußerst vorsichtig und sehr respektvoll zu verhalten
- Russlands Interessen sind legitim; das sollte der Westen respektieren
- Russland muss eine Stimme bei der Planung der zukünftigen Sicherheitsarchitektur Europas haben
- Es darf keine Sicherheitspolitik geben, in die Russland nicht einbezogen ist oder die sich gegen Russland richtet
- Der Westen hat Russland hinsichtlich der NATO-Osterweiterung und der Stationierung von Raketen auf Gebieten der früheren Sowjetunion getäuscht
- 'Wikileaks' und Snowden beweisen, dass der Westen bei den Verhandlungen mit Deutschland nichtaufrichtig war und jetzt versucht, Deutsche durch neue Überwachungsmethoden zu kontrollieren
- Es war richtig von Putin, strikt gegen NGOs vorzugehen, da diese meistens von Washington kontrolliert werden
- Nicht Putin war an der Georgien-Krise Schuld, sie war das Ergebnis georgischer Aggression
- Die Ukraine sollte als "Brücke" zwischen der EU und Russland fungieren; man hätte ihr nicht die Wahl zwischen einerseits einem Beitritt zur Zollunion/Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft oder andererseits einem EU-Assoziierungsabkommen lassen sollen
- Russland hat einen rechtmäßigen Anspruch auf die Krim
- Putin mag die Militäraktion zwar zu Unrecht durchgeführt haben, doch tat er nur das Gleiche wie die Nato im Kosovo
- Die Regierungschefs der westlichen Länder sollten für den Angriff Belgrads zur Rechenschaft gezogen werden, da dieser nur der abwehrenden Haltung Amerikas gegenüber russischen Interessen wegen erfolgte
- Das Referendum auf der Krim war ebenso verbindlich wie der Volksentscheid im Kosovo für die Abspaltung von Serbien
- Die ukrainische Revolution war in Wahrheit ein Staatsstreich
- Die Revolution in der Ukraine wurde von Nationalisten und Faschisten kontrolliert bzw. gesteuert, die jetzt die Diktatoren in Kiew sind
- Die Ukraine ist ein gescheiterter Staat
- Die Ukraine ist gespalten; der Osten der Ukraine ist stark russisch geprägt und sollte das Recht haben, autonom/unabhängig zu sein
- Präsident Poroschenko ist ein "Oligarch" und sollte nicht von Kanzlerin Merkel empfangen werden
- Der Westen hat, ohne Russland zu konsultieren, in der Ukraine absichtlich eine konfrontative Vorgehensweise verfolgt
- Sanktionen gegen Russland sind kontraproduktiv und schaden der deutschen Wirtschaft und dem Handel
- Die Krise in Syrien kann ohne Putin nicht bewältigt werden, und die russische Unterstützung Assads ist ein Instrument, die Ausbreitung des IS zu verhindern

Diese Schlüsselbotschaften wurden schon diverse Male von einer bemerkenswerten Koalition zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen lanciert. Die so genannte *Querfront* der Putin-Apologeten zieht Führungskräfte der Linken als auch der Rechten an, sowohl Kommentatoren (so genannte „Russlandexperten“) als auch Führungskräfte und Akademiker. Ihr hatten sich in verschiedenen wichtigen Zeiträumen zwei ehemalige Kanzler angeschlossen – der vor Kurzem verstorbene Helmut Schmidt, der gelegentlich eine für ihn ganz uncharakteristisch naive Haltung zum heutigen Russland hatte – und Gerhard Schröder, der unzweifelhaft kommerzielle Interessen an dem Land hat. Als Lobbyisten haben die Anhänger der Querfront bereits beachtliche Erfolge erzielt; ihre Argumente werden von eifrigen Unterstützern über das gesamte politische Spektrum hinausposaunt, zu dem mächtige Persönlichkeiten aus der CDU und der SPD zählen wie auch Gruppierungen aus ultralinken Kreisen und der extremen Rechten. Ihre breite Unterstützung und ihre Fähigkeit, ihr Geschick, ihre Botschaften in politischen und wirtschaftlichen Kreisen und auch in den Medien zu verbreiten, lassen sogar die israelische Lobby in Amerika während ihrer Blütezeit vergleichsweise amateurhaft erscheinen.

Ein politischer Kommentator stellte fest, „der Bogen der Nachsichtigen“ (bezüglich Russlands Invasion auf der Krim) „reicht vom CDU-Politiker Philipp Mißfelder, dem früheren außenpolitischen Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion bis zur prominenten deutschen Feministin Alice Schwarzer, von der Linken über das gutbürgerliche Milieu bis weit ins konservative Lager. Russland-Romantiker tummeln sich neben Realpolitikern, Sowjetnostalgikern oder Salonlinken. Ist Deutschland ein Land von Russland-Verstehern?“<sup>18</sup>

Im März 2014 erschien der ehemalige Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, der als erfahrener Staatsmann der Sozialdemokratischen Partei zutiefst respektiert wird, in der deutschen Polittalkshow „Anne Will“. Noch eine prominente „Russland-Versteherin“, Professor Dr. Gabriele Krone-Schmalz, war mit von der Partie sowie der frühere außenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder und die ukrainische Journalistin Natalia Fiebrig. Es wurde höchst einseitig argumentiert und so der Querfront die Gelegenheit geboten, zur besten Sendezeit fast widerspruchslos für Moskaus Aktion Partei zu ergreifen. Mißfelder, damals noch aufstrebender CDU-Politiker, der bald darauf sowohl von den Medien als auch von seiner eigenen Partei scharf kritisiert werden sollte wegen seiner Teilnahme an Schröders Geburtstagsfeier in Sankt Petersburg mit Wladimir Putin, schien ungewöhnlich desinteressiert und „machte keinen ausgeschlafenen Eindruck“.<sup>19</sup>

Dohnanyi und Krone-Schmalz, die häufig dazu eingeladen wird, im deutschen Fernsehen ihre Ansichten zu verbreiten, konnten Moskaus Lieblingsthemen nach und nach abhandeln. Dazu gehörten auch die Zweifel daran, dass russische Spezialeinheiten möglicherweise beteiligt waren, als Scharfschützen auf dem Maidan unbewaffnete Zivilisten unter Beschuss nahmen und die Betonung auf das angebliche Versagen deutscher Medien, die über die Beteiligung der angeblich rechts gerichteten Swoboda-Partei an der ukrainischen Übergangsregierung geschwiegen hätten. Außerdem wurde die Angst vor einem Krieg mit Russland geschürt und vor allem betont, wie wichtig es sei, die russische Perspektive zu berücksichtigen.

In ihrem Kommentar zum Programm stellte die Zeitung Die Welt fest, dass der Satz von Krone-Schmalz: „Ich nehme jetzt die russische Position ein 'symptomatisch für die gesamte Sendung'“

---

<sup>18</sup> „The sympathy problem: Is Germany a country of Russia apologists?“ Ralf Neukirch, Der Spiegel, 31. März 2014

<sup>19</sup> Die Welt, „Zwei Putin-Versteher bürsten gegen den Strich“, 13. März 2014



steht.“ Die Notwendigkeit, auch Russlands Interessen zu berücksichtigen, wurde insbesondere von Dohnanyi so oft betont, dass es, so Die Welt “anbiedernd an den Kreml wirkte”<sup>20</sup>

Als die ukrainische Journalistin, Natalia Fiebrig, gegen Dohnanyis Äußerungen Einwände erhob und ihm vorwarf, er rede über die Ukraine “als ob das Land nicht existiert”, antwortete der mit einer der Kernbotschaften des Kremls: “Sie können sich nicht einfach aus einer Einflusszone herauslösen”, sagte er pathetisch.<sup>21</sup>

## DER LINKE FLÜGEL DER QUERFRONT

Klaus von Dohnanyi ist ein erfahrener Staatsmann und gehört der SPD an. Früher einmal war er Erster Bürgermeister von Hamburg – einer Stadt, die schon fast zum „Exerzierplatz“ für Deutschlands Russland-Versteher geworden ist. Für Viele stand er im Mittelpunkt der deutschen Politik und er wurde in CDU-Kreisen ebenso respektiert wie in seiner eigenen Partei. Dohnanyi wird angetrieben von dem Glauben, dass der Westen Russland gebührenden Respekt zollen müsse (“Wer könnte dieses schwierige Land sehr viel anders regieren als Putin?”) und der merkwürdigen Vorstellung, auch die Amerikaner seien schuld. “Die Amerikaner haben oft keinen Sinn für Diplomatie und die geopolitischen Probleme Europas.”<sup>22</sup>

Seine Auffassung wird von dem starken Vertrauen in die *Ostpolitik* gestützt, die das Denken vieler älterer Sozialdemokraten dominiert, wenn sie darüber nachsinnen, welche Haltung man heute zu Russland einnehmen soll. Häufig vertreten sie auch heute noch dieselben Ansichten wie in den achtziger Jahren: dass durch Annäherung und Vertrauensbildung mehr erreicht wird als durch Konfrontation.

Die *Ostpolitik* hat selbst in schwierigsten Zeiten eine ideologische Basis für eine Kooperation mit Moskau parat. Etliche prominente *Russland-Versteher*, die aus der SPD kommen, haben jedoch auch ihre ganz eigenen, persönlichen Gründe, für Russland Partei zu ergreifen. Ein prominentes Beispiel dafür ist Gerhard Schröder, dessen „Russland-Verständnis“ mit der alten ideologischen Vorliebe der SPD begann, dass Kooperation besser sei als Konfrontation. Aber seitdem hat er eine Gesinnung entwickelt, die Viele dazu veranlasst, seine Motive infrage zu stellen; und vermutlich haben sich seine Nähe zu Putin und seine lukrativen Geschäfte in Russland seit dem Ende seiner Kanzlerschaft negativ auf ihn ausgewirkt. Schröder wurde Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Nord Stream AG; er war für diese Position vom russischen Gaskonzern Gazprom empfohlen worden, kurz nachdem die Regierung, in der er Kanzler war, die Zustimmung zur Übernahme einer Kreditbürgschaft über eine Milliarde Dollar erteilt hatte. Seine Beziehungen auf hoher politischer Ebene waren auch hilfreich dabei, ihm eine Einladung in den Aufsichtsrat der TNK-BP zu sichern, einem Joint-Venture-Unternehmen im russischen Öl- und Gas-Sektor.

Oft hat er sich in entscheidenden Momenten für russische Interessen stark gemacht. Im Jahr 2007, als die estnische Regierung ein sowjetisches Kriegsdenkmal vom Zentrum Tallins auf einen Militärfriedhof verlegen wollte und Russland darauf mit konzertiertem Cyberterrorismus auf estnische Ziele reagierte, ergriff Schröder ohne zu zögern Partei für Moskau und nicht etwa für ein Mitglied der Europäischen Union, gegen das mit einer neuen Form der Online-Kriegsführung

---

<sup>20</sup> ebd.

<sup>21</sup> Der Spiegel, „The sympathy problem...“, ebd.

<sup>22</sup> ebd.

vorgegangen wurde. Als Schlägertruppen die estnische Botschaft in Moskau blockierten und damit drohten, sie niederzureißen, beharrte Schröder fest darauf, dass die winzige baltische Republik „jedem zivilisierten Verhalten widersprochen“ hatte.<sup>23</sup>

Ebenso stellte er sich an die Seite des Kreml, als russische Truppen im folgenden Jahr in das Gebiet der unabhängigen Republik Georgien eindringen, schob die Schuld für die russische Intervention voll und ganz auf den Westen und den georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili ab und verneinte jegliche Schuld Moskaus.

„Die Auseinandersetzungen haben ohne Zweifel auch ihre historischen Ursachen, der Konflikt hatte ja schon verschiedene geschichtliche Ausprägungen“, sagte er. „Aber auslösendes Moment der jetzigen Kampfhandlungen war der Einmarsch der Georgier nach Südossetien. Da sollte man nichts verwischen. Es hat meines Erachtens tatsächlich schwere Fehler des Westens in der Politik gegenüber Russland gegeben. Ob man daraus einen Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen im Kaukasus konstruieren sollte, sozusagen als Antwort Russlands auf die georgische Provokation?“<sup>24</sup>

Nach Putins Annexion der Krim fand sich Schröder wiederum bereit, das Wort für seinen Freund zu ergreifen. Obwohl er, entgegen anderen *Putin-Verstehern*, wie beispielsweise Gabriele Krone-Schmalz, zugab, dass die Invasion einen Bruch des internationalen Völkerrechts darstellte, verglich er sie doch konziliant mit der Intervention der NATO im Kosovo. „Ich kann mir nur vorstellen, was ihn treibt“, sagte er, und erklärte, dass ein historisch denkender Mensch wie Putin gewisse „Einkreisungsängste“ nach den „unerfreulichen Entwicklungen“ in den Randgebieten der ehemaligen Sowjetunion habe und wirklich nur daran interessiert sei, Russland zu konsolidieren und wirtschaftlich voranzubringen und es „groß und stark zu halten – auf Augenhöhe mit den USA.“ Wegen der deutschen Beteiligung an der Aktion der NATO im Kosovo gegen Serbien während seiner Amtszeit warnte er davor, Putin mit erhobenem Zeigefinger zu drohen, „weil ich es selber gemacht habe (!)“ In beiden Fällen handele es sich „formal“ um eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, behauptete er.<sup>25</sup> Er verglich sogar das vom neuen Regime der besetzten Krim durchgeführte Referendum mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo von Serbien.<sup>26</sup>

Schröders Rolle bei der Gazprom und seine Position in den Gremien von Nord Stream und anderen Unternehmen haben ihn zum Vorkämpfer wichtiger russisch-deutscher Infrastrukturprojekte im Energiesektor und so zum idealen Fürsprecher für die Idee der „Sonderbeziehung“ gemacht. Viele sehen inzwischen in ihm mehr als nur einen Lobbyisten für Moskau. Der Journalist und Schriftsteller Boris Reitschuster, ein ehemaliger Moskaukorrespondent für das Magazin Fokus, sagte, russische Oppositionelle, die gegen Putins Regime sind, betrachteten Schröder als „Putins Einflussagenten in Europa“ und als den „wichtigsten Lobbyisten des Kreml in Deutschland.“<sup>27</sup> Am 4. März 2014, als Schröder sich mit Eckard Cordes, dem Präsidenten vom Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, und dem selbsternannten Russlandexperten Alexander Rahr in der russischen Botschaft in Berlin wegen des möglichen Aufbaus eines „deutsch-russischen Wirtschafts-Raumes“ traf, äußerte der Beobachter Werner Schulz, MdEP, dazu, Schröder sei „insgesamt ein Lobbyist. Und andere

---

<sup>23</sup> The Economist, „How to Fight Back: Responding to Moscow’s Inept Bullying“, 10. Mai 2007

<sup>24</sup> Der Spiegel, „Interview mit Gerhard Schröder: Schwere Fehler des Westens“, 18. August 2008 „

<sup>25</sup> Die Zeit, „Putin Verstehen mit Gerhard Schröder“, 9. März 2014

<sup>26</sup> ebd.

<sup>27</sup> Boris Reitschuster, „Putins verdeckter Krieg: Wie Moskau den Westen destabilisiert“, Ullstein Verlag, Berlin 2016

Lobbyisten wie Alexander Rahr - die sind echte Kreml-Propagandisten und Lobbyisten.“<sup>28</sup> Rahr beeilte sich, den ehemaligen Kanzler zu verteidigen: „Diese große Nähe zu Putin und nicht nur zu Putin, sondern zur russischen Führungselite, sind jetzt Gold wert in diesen schwierigen Zeiten. Er ist der erste und vielleicht einzige Deutsche und vielleicht Europäer, der so einen engen Zugang zu Putin hat.“<sup>29</sup>

Der frühere Kanzler entwickelte seine Begeisterung für Russland nach seiner Amtszeit nicht nur deshalb, weil sich damit ein lukratives Portfolio anbot oder finanzielle Interessen verfolgen ließen. Während seiner Amtszeit als Kanzler gründete er eine ganz besondere Organisation, den *Petersburger Dialog*, ein sehr nützliches und richtungsweisendes Forum für Deutschlands Russland-Lobby. Die Organisation, die im Folgenden näher beschrieben wird, bringt Politiker, Akademiker und Führungskräfte der Wirtschaft zusammen, die eigene Interessen an Russland haben.

Während es vielerorts Beunruhigung hervorrief, dass Schröder verschiedene Vorstandsposten in russischen Unternehmen annahm und selbst der Autor seiner Biographie zugab, dass ihm nichts so sehr geschadet habe wie seine „*Gazpromisierung*“, wiederholen prominente Persönlichkeiten der derzeitigen SPD-Führung weiterhin seine Argumente. Obwohl die SPD zurzeit als Koalitionspartner in der Regierung ist, ist ihre Parteiführung in der Ukraine-Krise Russland gegenüber wesentlich nachsichtiger als Frau Merkel. Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender, Stellvertreter der Bundeskanzlerin und Wirtschaftsminister, ist ein entschlossener Verfechter für einen Abbau der Sanktionen und strikt dagegen, Russland“ zu isolieren“.

Im Oktober 2015 begab sich Gabriel auf eine Russlandreise zu einem Treffen mit Präsident Putin auf dessen Landsitz in Nowo-Ogarjowo. Er dankte Putin für die Zeit, die er sich genommen hatte und sagte: „Sie haben in diesen Tagen viel zu tun, gerade mit dem Konflikt in Syrien“(!). Er stimmte Putin zu, dass nur eine Umsetzung des Minsker Abkommens der Ukraine Frieden bringen werde. Allerdings gebe es, so schilderte der Kreml das Treffen, „Gruppen in Europa und den USA, die davon profitieren, dass dieser Konflikt andauert.“<sup>30</sup>

Der deutschsprachige Dienst von „Russia Today“, des vom russischen Staat finanzierten Auslandsfernsehsenders mit nachrichten- und informationsorientiertem Programm berichtete, die Gespräche hätten sich auf Fragen zur Wirtschaft und zur Energie konzentriert und auf „ein mögliches Ende der Sanktionen.“ Die Agentur publizierte Statistiken, die vom Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft erstellt worden waren, denen zufolge „die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen seit 2013 rückläufig sind. So gingen die deutschen Exporte nach Russland um 31 Prozent im ersten Halbjahr 2015 zurück. Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft vermutet, dass sie bis Ende des Jahres nur noch die Hälfte des Handels im Jahre 2012 ausmachen werden. Das würde ein Defizit im bilateralen Handel im Wert von zehn Milliarden Euro ausmachen. Das bilaterale Handelsvolumen betrug 2014 67,7 Milliarden Euro.“<sup>31</sup>

Gabriel hatte ein weiteres Treffen mit Putin im Juni geplant, das jedoch in letzter Minute abgesagt wurde, laut Putins Pressesprecher Dmitry Peskow angeblich „wegen des Brexits“.<sup>32</sup> Wahrscheinlicher

---

<sup>28</sup> „Schröder und die Krimkrise: die dubiosen Aktivitäten des Altkanzlers im Sinne Putins“, Report Mainz, SWR, 25. März 2014

<sup>29</sup> ebd.

<sup>30</sup> „Was Gabriel und Putin besprochen haben“ Süddeutsche Zeitung, 29. Oktober 2015

<sup>31</sup> „Vizekanzler Sigmar Gabriel in Moskau – Gespräche zu Wirtschaftsbeziehungen und mögliche Ende der Sanktionen“, Russia Today Deutsch, 28. Oktober 2015

<sup>32</sup> „Kreml bestätigt: Treffen Wladimir Putins mit Sigmar Gabriel entfällt wegen Brexit“, Sputnik Deutschland, 24. Juni 2016

ist jedoch, dass man in Berlin Druck auf die SPD ausgeübt hatte, keine Offerten mehr an Putin zu machen. Gabriels Parteifreund, Frank-Walter Steinmeier, deutscher Außenminister, hatte vor Journalisten die Lage unbedacht mit den Worten "Was wir jetzt nicht tun sollten, ist durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuheizen". Diese Bemerkung wurde als Kritik am geplanten NATO-Manöver 'Anakonda' in Polen aufgefasst und verursachte Irritationen nicht nur beim Koalitionspartner, sondern auch in den Hauptstädten des Westens. Als Steinmeier eifrig versuchte, den Reportern zu versichern, dass er das NATO-Manöver voll unterstütze, war ein Fototermin ihres Parteivorsitzenden mit Putin das Letzte, was die SPD gebraucht hätte.

Kurz nach einer ungemütlichen Pressekonferenz, in der Steinmeiers Außenamtssprecher Martin Schäfer vor Steffen Seibert, dem Pressesprecher von Frau Merkel, den Reportern gezwungenermaßen versicherte, dass der Außenminister das NATO-Manöver befürwortete, wurde Gabriels Besuch bei Putin verschoben. Seibert betonte, die NATO-Manöver seien "gut, richtig und wichtig", und beide Sprecher verdeutlichten, es gäbe nicht einen Hauch" eines Unterschieds zwischen Kanzleramt und Außenministerium.<sup>33</sup>

Das Problem war, dass Steinmeier nicht nur eine verächtliche Bemerkung über "Säbelrasseln" gemacht hatte.

Er hatte ganz konkret gesagt, dass ein Militärmanöver an den Grenzen Russlands als Provokation gegenüber dem Kreml aufgefasst werden könnte.

"Wer glaubt, mit symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses mehr Sicherheit zu schaffen, der irrt. Wir sind gut beraten, keine Vorwände für eine neue, alte Konfrontation frei Haus zu liefern."<sup>34</sup>

Obwohl auf höchster Ebene versichert wurde, Steinmeier und die Regierung stimmten politisch völlig überein,<sup>35</sup> waren die Koalitionspartner entsetzt über die Haltung des Außenministers. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses (CDU), bezeichnete dessen Äußerungen als "einen ungeheuerlichen Vorwurf." In Moskau jedoch gab es unverhohlenen Jubel. Der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Auswärtige Beziehungen, Alexej Puchkow [*Puschkow*], meinte „durch den 'Vorhang der Bedrohungen und der Hysterie'“ seien "einzelne Stimmen der Vernunft zu hören"..."<sup>36</sup>

Obwohl laustark beteuert wird, dass die SPD auch künftig die in der Koalition vereinbarte politische Richtung einhalten wird, kann sich die Haltung der deutschen Regierung schnell und gründlich ändern, falls die Partei aus den bevorstehenden Bundestagswahlen im kommenden Jahr als Sieger hervorgehen sollte. Ganz besonders gilt dies für Sanktionen. Der Grund hierfür liegt weder in der Naivität mancher Spitzenpolitiker noch in der Tendenz, die Beziehungen zum modernen Russland

---

<sup>33</sup> "Säbelrassel"-Aussage zur NATO: Warum Steinmeier irritiert", Der Spiegel, 20. Juni 2016

<sup>34</sup> ebd.

<sup>35</sup> „Russlandbeauftragter warnt vor Eskalation 'bis hin zum Krieg'“, Die Welt, 23. Juni 2016. (Gernot Erler, Russlandbeauftragter der Bundesregierung, sagt, sein Parteifreund habe „einen Punkt getroffen“ und lediglich vor einer „Eskalationsspirale“ zwischen der NATO und Russland „bis hin zum Krieg“ gewarnt.)

<sup>36</sup> „Säbelrassel-Aussage“, ebd.

immer nur durch die rosa Brille der Ostpolitik des 20. Jahrhunderts zu sehen. Er liegt darin, dass politische oder wirtschaftliche Interessen untrennbar mit der Partei verbunden sind. Insofern ist man fest entschlossen, so schnell wie möglich ein Ende der Sanktionen herbeizuführen.

Schröders wirtschaftliche Interessen sind ein Symptom dafür; doch haben auch noch viele andere Führungskräfte und *Russland-Versteher* für ihre Organisationen Verbindungen zu Russland geschmiedet, um ihre Interessen verfolgen zu können. Die Brüder Voscherau bieten da eine interessante Fallstudie. Eggert Voscherau sitzt im Aufsichtsrat der BASF, dem größten Chemiekonzern der Welt mit Sitz in Ludwigshafen, deren 100-prozentige Tochter die Wintershall, ein Unternehmen der Öl- und Gasindustrie ist.<sup>37</sup> Er war Mitglied in zwei wichtigen Regierungskommissionen während der Ära Schröder – Hartz und Rürup –, in denen Pläne für die Reformen des Arbeitsmarkts und der sozialen Sicherheitssysteme entwickelt wurden. Auch war er Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG, deren Vorstandsvorsitzender zu jener Zeit der zuvor in Hamburg tätige Hartmut Mehdorn war, der später Mitglied des Beirats der staatlichen russischen Eisenbahngesellschaft RZD wurde. Von 2006 bis 2009 war Eggert Voscherau Mitglied des Aufsichtsrats der Nord Stream AG (vormals NEGP), bei der auch Schröder war. Sein Bruder Henning, Rechtsanwalt und ehemaliger Erster Bürgermeister von Hamburg, ein SPD-Anhänger par excellence, wurde Vorsitzender der South Stream AG, einem Joint Venture zwischen der Gazprom und dem italienischen Energiekonzern ENI, an dem der Konzern Wintershall mit 15% beteiligt war.

Als Gazprom-Chef Alexei Miller ankündigte, Voscherau bei der Wahl des Aufsichtsrats zu nominieren, sagte er "Wir sind überzeugt, dass die Erfahrung und die Autorität von Henning Voscherau helfen werden, dieses strategisch wichtige Projekt erfolgreich und termingerecht zu realisieren."<sup>38</sup>

Damals war diese Ernennung umstritten, weil die Europäische Union die Nabucco-Pipeline als Alternative zu South Stream präferierte, da man eventuelle politische Konsequenzen durch eine **Abhängigkeit vom russischen Öl** [*Nabocco was a project for the transport of gas.*] befürchtete. [*That issue needs to be differentiated. Until recently the Baltic States were completely abhängig vom russischen Gas yet vehemently opposed to Russian policies in the Near Abroad.*] Mit einer geplanten Kapazität von 63 Milliarden Kubikmetern pro Jahr hätte South Stream es Russland ermöglichen können, rund 35% des gesamten europäischen Gasbedarfs zu liefern und so politischen Einfluss in unabsehbarem Ausmaß zu gewinnen.

In einem Interview mit "Bild", der Tageszeitung mit einer Millionenauflage, über seine Nominierung, äußerte Henning Voscherau sich schlagfertig zur Frage der Abhängigkeit vom russischen Gas und beruhigte die Leser: "Es wird immer von zu starker Abhängigkeit gesprochen. Ich muss Ihnen sagen:

---

<sup>37</sup> BASF verfügt über eine interessante Vergangenheit. Im Jahr 1925 verschmolzen Höchst, Bayer and drei weitere Unternehmen miteinander, woraus die Firma IG Farbenindustrie entstand, die von 1933 bis 1945 eine zentrale Rolle in der Volkswirtschaft des Dritten Reichs einnahm. Sie stellte unter anderem das Giftgas Zyklon B her, mit dem Häftlinge in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten ermordet wurden. Mehrere Direktoren der IG Farben wurden wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Im Jahr 1952 erfolgte die Neugründung der BASF.

<sup>38</sup> „'South Stream'-Projekt: SPD-Politiker Voscherau will Gazprom beraten“, Der Spiegel, 20. März 2012

Ich bin lieber von den Russen als von den Islamisten abhängig.“<sup>39</sup>

Auch Wolfgang Clement, ehemals hochrangiger SPD-Politiker (Bundewirtschaftsminister und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) macht Geschäfte mit Russland, seitdem er nicht mehr im Amt ist. Er bekam einen Posten im Aufsichtsrat der Energy Consulting, einem russischen Unternehmen. Mit über 700 Mitarbeitern verfügt das Unternehmen über Niederlassungen in Düsseldorf und fünf russischen Städten.

Sogar Klaus von Dohnanyi hat eine wichtige Rolle in der starken Russland Connection übernommen, und zwar im Medien- und Consultingunternehmen Wegweiser GmbH. Zur Wegweiser-Unternehmensgruppe gehören die Wegweiser GmbH Berlin Research & Strategy sowie die Wegweiser Media & Conferences GmbH – für beide Unternehmen ist Dohnanyi in seiner Funktion als Beiratsvorsitzender kontrollierend tätig. Letzteres Unternehmen ist eine PR- und Werbeagentur, die auch Konferenzen organisiert. Mehrere wichtige Konferenzen hat die Firma schon ausgerichtet, darunter den Unternehmerkongress Deutschland-Russland 2013. Im Jahr 2012 organisierte das Unternehmen den Jahreskongress „Russland 2012“ in Zusammenarbeit mit dem „Verband der russischen Wirtschaft in Deutschland“ zu dessen Mitgliedern die Gazprom-Germania GmbH zählt. Diesen Konferenzen bieten Dohnanyi, der als „Berater beim Aufbau Ost“ bezeichnet wird, ein nützliches Podium und ein einflussreiches Publikum.<sup>40</sup>

Angesichts der hohen Sympathiewerte für den Kreml, die bis in die höchsten SPD-Kreise vorgedrungen sind, ist es nicht verwunderlich, dass Matthias Platzeck, früherer SPD-Parteivorstand und von 2002 bis 2013 Ministerpräsident von Brandenburg, heute im Vorstand eines der aktivsten Netzwerke von Russland-Verstehern sitzt, dem Deutsch-Russischen Forum (siehe unten). Er kritisierte die Reaktion der deutschen Regierung auf Putins Annexion der Krim in aller Öffentlichkeit und sagte dem Spiegel im Jahr 2015, dass er Moskaus Unverständnis für Frau Merkels Sicht der Dinge nachvollziehen könne. Die Kanzlerin hatte vorgeschlagen, Russland vom Gipfeltreffen in Elmau und ähnlichen Zusammenkünften führender Industrienationen auf absehbare Zeit auszuschließen.

„Die Bundeskanzlerin macht einen Fehler. Putin gehört nach Elmau. In 25 Jahren Konfliktbewältigung habe ich eines gelernt: Kompromisse zu finden geht nur, wenn man miteinander redet. Natürlich kann man bei blauem Himmel grillen gehen und über das Leben reden. Aber wenn Blitz und Donner über uns hereinbrechen, ist der Dialog existenziell.“<sup>41</sup>

Dass so viele Leitfiguren der SPD eine positive Einstellung gegenüber Moskau haben, ist für zahlreiche ihrer ordentlichen Mitglieder ein Schock. Einige von ihnen haben einen Arbeitskreis organisiert, der sich gegen die „Beton-Ostpolitik“, wie sie es nennen, richtet. Zu den Initiatoren zählen Jan Behrends, Osteuropaexperte vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, Rechtsanwalt Martin Luithle und der Unternehmer Joachim Schaller.

---

<sup>39</sup> „Dem Henning vertrauen die Russen“, Bild, 17. April 2012

<sup>40</sup> „Die Genossen und das Gas: Nicht nur Gerhard Schröder: wie deutsche Sozialdemokraten sich im Russland-Geschäft engagieren“, Die Zeit, 8. Mai 2013

<sup>41</sup> Platzeck gegen Merkels Russland-Kurs, „Die Kanzlerin macht einen Fehler“, Der Spiegel, 5. Juni 2015

“Unser Ziel ...”, sagt Behrends, „... ist es, die Sozialdemokratie unmissverständlich von der völkerrechtswidrigen und aggressiven Politik des Kremls abzugrenzen und unsere Solidarität mit den Nachbarn und Verbündeten in Osteuropa zu betonen... Die Pro-Moskau-Connection innerhalb der Partei muss aufgearbeitet werden. Ostpolitik dürfe nicht nur Russland-Politik, sondern muss auch Ukraine-Politik sein.“<sup>42</sup>

Auf das Ergebnis der Bundestagswahlen in Deutschland im Jahr 2017 dürften sich die Beziehungen zu Russland entscheidend auswirken. Sicher ist es lohnenswert, einmal genauer hinzusehen, wem mit welcher Wahlkampfspende unterstützt.

Noch weiter links im politischen Spektrum Deutschlands steht *Die Linke*, die hervorging aus der einstigen Führungspartei der DDR, der SED (*Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*), nachdem das Regime zusammengebrochen war. Mit ihrem früheren Fraktionsvorsitzenden, dem ostdeutschen Rechtsanwalt Gregor Gysi, ist Die Linke im Grunde eine SED unter neuem Logo für eine neue Ära, in der sich ehemalige Kommunisten, linksgerichtete Aktivisten der Grünen, wohlmeinende Liberale, Globalisierungsgegner und Ex-Stasi-Agenten, die der SPD überdrüssig sind, bunt vermischen. Charakteristisch für sie ist zumeist ihr Antiamerikanismus, der sich manifestiert in einer Anti-NATO-Haltung und der loyalen Unterstützung von Moskau. Der lautstarke Beistand ihrer Anführer für den Kreml und seine Aktion in der Ukraine macht ihre Behauptung, man solle sich wegen der Verstöße gegen die Menschenrechte und gegen das Völkerrecht in anderen Teilen der Welt, schlechthin zur Lüge.

Gregor Gysi, ihr ehemaliger Fraktionsvorsitzender hat den Kreml immer wieder fest verteidigt, wenn die Notwendigkeit dazu gegeben war. Er war Rechtsanwalt in der Deutschen Demokratischen Republik und ist wiederholt zum Gegenstand diverser Anschuldigungen bezüglich seiner vermeintlichen Verbindungen zur Stasi geworden. Er ist ein bewährter Kritiker der NATO und spielt Moskaus Melodien perfekt nach. In seinen Reden spiegelt sich oft die Position des Kremls wider; sie sind ein Leitfaden für die von Moskau zuletzt vertretene politische Linie. Ein gutes Beispiel hierfür ist eine Rede, mit der er am 13. März 2014 im Bundestag auf eine Erklärung von Bundeskanzlerin Merkel zur Lage der Ukraine nach der russischen Annexion der Krim reagierte.

Die Rede enthält eine Reihe von Moskaus Lieblingsthemen: Was Putin auf der Krim tut, mag schlecht sein, aber es ist nicht schlimmer als das, was der Westen getan hat (“Es ist aber dasselbe Denken, das im Westen vorherrschte und noch vorherrscht bei: Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak und Libyen”); obwohl Putins Verhalten falsch gewesen sein mochte, liegt das wahre Problem in der Reaktion der NATO und der EU (“Auch wenn man Putins Vorgehen verurteilt, muss man sehen, wie es zur gesamten Zuspitzung und Konfrontation kam. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Alles, was NATO und EU falsch machen konnten, haben sie falsch gemacht.”); eigentlich ist die NATO an allem schuld, weil sie Gorbatschows Angebot einer “gemeinsamen Sicherheit” ausgeschlagen und ihr Versprechen gebrochen hatte, sich nicht nach Osten zu erweitern und keine Raketen in der Republik Tschechien und in Polen zu stationieren (“Bei der Herstellung der deutschen Einheit erklärten der amerikanische Außenminister, unser damaliger Außenminister Genscher und andere Außenminister gegenüber Gorbatschow, dass es keine Osterweiterung der NATO geben wird. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Es gab eine vehemente Ausweitung der NATO in Richtung Russland.”), die NATO war im Kosovo mit schlechtem Beispiel vorangegangen und darf sich nicht beschweren, wenn Putin

---

<sup>42</sup> „SPD-Mitglieder gründen Arbeitskreis gegen Gabriels Ostpolitik“, Die Zeit, 27. Mai 2016

sie nachmacht („Serbien hatte keinen anderen Staat angegriffen, und es gab keinen Beschluss des UN-Sicherheitsrates. Es wurde dennoch mit erstmaliger bundesdeutscher Beteiligung nach 1945 bombardiert. Ich habe damals die Völkerrechtsverletzung schwer kritisiert und Ihnen gesagt: Sie öffnen beim Kosovo eine Büchse der Pandora; denn wenn das im Kosovo erlaubt ist, müssen Sie es auch in anderen Gegenden erlauben.“) Sowohl die EU als auch Russland haben einen Fehler gemacht, als sie von der Ukraine verlangt haben, sich entweder für die Zollunion mit Russland oder das Assoziierungsabkommen mit der europäischen Union zu entscheiden, da die Ukraine eine Brücke zwischen beiden sein sollte. („Beide haben gleichermaßen alternativ gedacht und gehandelt. Das war ein verheerender Fehler von beiden Seiten.“). Niemand hätte sich im Westen die Mühe gemacht, Russlands Sorgen zu hören („Kein einziger EU-Außenminister hat versucht, mit der russischen Regierung zu sprechen und die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.“) Die Ukraine sei zutiefst zerrissen („Die Ostukraine tendiert in Richtung Russland. Die Westukraine tendiert in Richtung Westeuropa.“)<sup>43</sup>

Am offensichtlichsten betrieb Gysi jedoch russische Propaganda, indem er sich in seiner Rede auf den Maidan und auf Vertreter der ukrainischen Opposition und Janukowitsch bezog und generell schlussfolgerte, was für *Russland-Versteher* des gesamten politischen Spektrums nachvollziehbar ist, nämlich dass Russland als Partner über Europas zukünftige Sicherheit mitentscheiden muss. Auch Sarah Wagenknecht nimmt eine Führungsposition ein in der Fraktion der Linken und setzt sich aktiv für russische Interessen ein, fordert sogar den Austritt Deutschlands aus der NATO. Im Juli sagte sie in einer Bundestagsdebatte zu einer Regierungserklärung bezüglich des NATO-Gipfels in Warschau:

„75 Jahre nach Beginn des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion finden in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze wieder martialische Kriegsübungen unter deutscher Beteiligung statt. Die US-Atomwaffen in Deutschland werden modernisiert- nicht abgebaut, Frau Merkel: modernisiert - und Raketenbasen in ganz Europa aufgebaut. ... Wer hat denn seine Grenzen in den letzten zwei Jahrzehnten immer weiter nach vorne geschoben? Russland in Richtung NATO, oder war es nicht eher umgekehrt? Die USA haben 5 Milliarden Dollar in einen Regime-Change in der Ukraine investiert. Das Ergebnis ist ein zerrissenes Land mit marodierenden faschistischen Banden...“<sup>44</sup>

Es ist grotesk, dass auch der außerparlamentarische linke Flügel einen harten Kern von *Russland-Verstehern* hervorbrachte. Die so genannte 'Antiimperialistische Aktionsgruppe', beispielsweise, die eng kooperiert mit ANNA News, einem propagandistischen russischen Fernsehsender, unterstützte Präsident Bashir Assad aktiv in den ersten Tagen des Syrienkrieges. In Deutschland sind sie bekannt unter der Bezeichnung „anti-imps“, sie sind antiamerikanisch und antisemitisch und haben einen Hang zu Verschwörungstheorien und zu Regimes, die gegen die USA und gegen Israel sind. Vor Kurzem haben sie den Casus „Neurussland“ mit Begeisterung aufgenommen und zur Unterstützung in vielen deutschen Städten Demonstrationen organisiert. Des Weiteren haben sie einen Film produziert, „Die Wahrheit über Euro-Maidan“, der in Europa verbreitet wurde.<sup>45</sup>

## DER RECHTE FLÜGEL DER „QUERFRONT“ – DIE „UNION“ (CDU/CSU) UND DIE AFD

<sup>43</sup> Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag, stenografischer Bericht vom 13. März 2014

<sup>44</sup> „Die agilsten Gegner Europas sitzen heute in Brüssel“, Sarah Wagenknecht, Rede in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung zum NATO-Gipfel in Warschau, 7. Juli 2016

<sup>45</sup> The Interpreter, „Novorossiya's Leftist Friends“, 30. Mai 2015



Nachdem die Christdemokraten im Jahr 2005 die Bundestagswahl für sich entschieden hatten, wurde Angela Merkel bald darauf zur Bundeskanzlerin gewählt; zum ersten Mal wurde diese Position in Deutschland von einer Frau besetzt. Es sah so aus, als wollte sich die deutsche Politik Russland gegenüber weiterhin eng an die Prinzipien der *Ostpolitik* halten, die in der Zeit nach dem Kalten Krieg galten. Der Leitgedanke der *Ostpolitik* war, das Verhältnis positiver zu gestalten und aufeinander zuzugehen (*Wandel durch Annäherung*). Ursprünglich hatte Willy Brandts Staatssekretär Egon Bahr dieses Konzept entworfen, wozu auch gehörte, in wichtigen Bereichen, wie zum Beispiel der Energieversorgung, miteinander zu kooperieren. Die Ostpolitik hatte Bestand bis über das Ende des Kalten Krieges hinaus und überstand auch die folgenden unruhigen Zeiten, indem sie den Realitäten der postsowjetischen Welt angepasst und Deutschlands Beziehungen zu Russland neu definiert wurden. Aus dem „Positiven Wandel durch Annäherung“ wurde eine „Partnerschaft für Modernisierung“, und es war unwahrscheinlich, dass die *Ostpolitik*, die im Mittelpunkt der russisch-deutschen Beziehungen stand, geändert würde.

Ein Analytiker erinnert sich, dass „die Grundprinzipien der Ostpolitik unverändert schienen, als Angela Merkel von den Christdemokraten im Jahr 2005 Bundeskanzlerin wurde. Viele glaubten, dass sich Merckels Beziehungen zu Russland in Anbetracht ihrer regimekritischen Haltung in der früheren DDR weniger freundlich gestalten würden. Obwohl Merkel mit Putin in keiner engen Beziehung stand, änderte sich Deutschlands Politik Russland gegenüber im Wesentlichen nicht. Deutschland blieb Russlands wichtigster Partner in Europa, und als Dmitri Medwedew Präsident von Russland wurde, bildete man eine „Partnerschaft für Modernisierung“, durch die die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen intensiviert werden sollte. Die russisch-deutsche Partnerschaft schien, obwohl sie in politischer Hinsicht nicht übermäßig erfolgreich war, so stabil wie immer.“<sup>46</sup>

Im November 2013 bildeten die beiden Parteien des rechten Flügels, die CDU und ihre Schwester in Bayern, die CSU, gemeinsam mit der SPD die jetzige Regierungskoalition in Deutschland, und es schien, als könne die *Ostpolitik* neue Anstöße bekommen. Im Vertrag der so genannten Großen Koalition (oder „GroKo“) wird sogar explizit auf die Beziehungen zu Russland hingewiesen. In dem dreihundert Wörter umfassenden Kapitel „Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland“ wurde die Bereitschaft der Regierung zur Zusammenarbeit betont, die europäische Sicherheit zu stärken und die Partnerschaft für Modernisierung auszuweiten. Es wurde jedoch auch betont, Berlin wolle „mit der russischen Führung offen über unterschiedliche Vorstellungen einer Modernisierungspartnerschaft“ sprechen, ein Satz, der von einem Kommentator mit den Worten „deutscher Diplomatie-Jargon für offene Kritik“ übersetzt wurde.<sup>47</sup>

Dass man der Vereinbarung über die Beziehungen zu Russland ein ganzes Kapitel widmete, war eine Demonstration dafür, wie wichtig die Angelegenheit für die Koalitionspartnerin von Kanzlerin Merkel, der Sozialdemokratischen Partei, ist. Die SPD war jedoch nicht die einzige Partei, die ein starkes Interesse daran hatte, die Verbesserung der Beziehungen mit Russland zur Priorität für die neue Regierung zu machen. Auch für die CSU war die Angelegenheit sehr wichtig, größtenteils, weil die bayerische Industrie sehr darum bemüht war, die neuen Möglichkeiten, die sich durch eine Partnerschaft für Modernisierung boten, zu nutzen.

Der Kompromiss, den die Koalitionsvereinbarung darstellte zwischen denen, die eine engere Verbindung oder sogar eine strategische Partnerschaft mit Russland anstrebten und denen, die misstrauisch waren gegenüber einem unkritischen Engagement, wurde bald durch Putins Invasion

---

<sup>46</sup> „From Ostpolitik to ‘frostpolitik’?“ Merkel, Putin and German foreign policy towards Russia, Thomas Forsberg, *International Affairs* 92: 1 (2016) 21 - 42

<sup>47</sup> „German Russia policy to be realigned“ Deutsche Welle, 29. November 2013

auf der Krim zunichte gemacht. Kanzlerin Merkel schloss sich mit anderen westlichen Regierungschefs zusammen, die dafür waren, die russische Führung durch Sanktionen und andere Vergeltungsmaßnahmen zu isolieren.

Unmittelbar nach der Invasion forderten CDU-Abgeordnete, darauf entschieden zu antworten. Im April 2014 hielt Andreas Schockenhoff, ehemals Koordinator der Kanzlerin für die deutsch-russische Zusammenarbeit, eine Rede im Bundestag, in der er warnte vor "einem Versuch des Gesundbetens." Seine Äußerungen wurden als Kritik an der Bereitschaft der Kanzlerin interpretiert, ihrem SPD-Außenminister zur Seite zu stehen, der auf die Geschehnisse in der Ukraine zurückhaltend reagiert hatte. Die Stimmung unter den Bundestagsmitgliedern war nun eher: „ der Wind dreht sich zu Lasten Russlands“ und für "eine grundlegende Neubestimmung des Verhältnisses zu Russland".<sup>48</sup>

Abgeordnete der CDU verlangten härtere Sanktionen und den **Aufmarsch** von NATO-Truppen in Osteuropa. **[Well, well, not much of an Aufmarsch there but a militarily inconsequential political message, a tripwire.]** Nach Jahren der Entspannung und der Versuche, Russland einzubinden, schien es nun so zu sein: "Wir fahren auf dem einen Dampfer, Putin auf einem anderen."<sup>49</sup> Sogar einige von denen, die früher eventuell als übertrieben verständnisvoll gegenüber Russland galten, stimmten nun in den Chor mit ein und forderten eine unverblühte Antwort. Karl-Georg Wellmann, außenpolitischer Experte der CDU und Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe sagte vor dem Bundestag, man wünsche sich, dass Russland "weiter eine konstruktive Rolle in Europa spielen soll", Tatsache sei aber, dass jetzt "ein asymmetrischer Krieg" in der Ukraine stattfinde – im Osten des Landes seien russische Spezialkräfte unterwegs. Er gab zu, dass das "Ausmaß an Chauvinismus, Nationalismus und Arroganz" und die "massive antiwestliche Propaganda der russischen Elite" ihn überrascht habe. Wellmann, sowohl in Russland wie auch in der Ukraine seit Jahren gut vernetzt, warf der russischen Regierung vor, sie proklamiere einen neuen, konservativen Werterahmen: "... Orthodoxie, Großmacht-Chauvinismus und leider auch imperiale und völkische Elemente." Seine Rede gipfelte schließlich in einem groben Verweis. "Russland", sagte er, "ist wieder das Land, das Angst und Schrecken verbreitet."<sup>50</sup>

Obwohl die Regierung nach wie vor fest entschlossen ist, gemeinsam mit Deutschlands NATO-Partnern gegen die russische Aggression vorzugehen (Frau Merkel hat kürzlich erklärt, sie sehe keinen Anlass für ein baldiges Ende der Sanktionen<sup>51</sup>), verblassen die Erinnerungen an die Invasion allmählich und die Stimmen der Querfront, die Verständnis für Russlands Position aufbringen, werden auch in der eigenen Partei der Kanzlerin immer mehr und immer lauter.

Da die "Union" der Kanzlerin faktisch eine Fraktion von zwei getrennten Parteien, der CDU und der CSU, ist, könnte man annehmen, dass die Einhaltung einer starren Parteidisziplin und einer strikten Parteilinie nicht immer von fundamentaler Wichtigkeit für Deutschlands rechten Flügel war. Schon immer war man in jeder Hinsicht liberal und in einem gewissen Maße tolerant gegenüber Andersdenkenden. Durch diese Toleranz, gepaart mit der Sehnsucht nach einem besseren Verhältnis oder sogar einer Sonderbeziehung zu Russland, sind seit der Invasion auf der Krim merkwürdige Situationen entstanden. Die Tatsache, dass die Regierungspartei bereitwillig die sonderbare Haltung einiger ihrer führenden Politiker in Bezug auf die Sicherheitspolitik akzeptiert hat, mag für andere Länder befremdlich, wenn nicht sogar ein wenig fahrlässig sein. Noch befremdlicher mag sein, dass

---

<sup>48</sup> „Deutsche Russland-Politik – Unions-Abgeordnete für härteren Kurs gegen Putin“ Der Spiegel, 15. Mai 2014

<sup>49</sup> ebd.

<sup>50</sup> ebd.

<sup>51</sup> „Merkel sieht keinen Anlass für Ende der Russland-Sanktionen“, Reuters, 1. Juni 2016

die CDU dieses Verhalten zu einem Zeitpunkt gebilligt hat, als die parteieigene Konrad-Adenauer-Stiftung von Putins Schergen in Moskau wiederholt unter Druck gesetzt wurde.

Vielleicht das deutlichste Beispiel für ein solches exzentrisches Verhalten kam von dem vor kurzer Zeit verstorbenen Philipp Mißfelder, dem jungen talentierten außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU Fraktion. Er reiste zu Schröders rauschender Geburtstagsfeier im Jussupow-Palast und sprach dort mit Wladimir Putin. Der Besuch, der Empörung hervorrief und der Kritik der CDU an Schröder einen Dämpfer versetzte, erfolgte zu einer Zeit, als von Russland gestützte Separatisten in der Ostukraine Bundeswehrsoldaten weiterhin als Geiseln festhielten. Mißfelder hatte weder das Büro von Kanzlerin Merkel noch Volker Kauder, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, vorab von seinem Besuch informiert. Er verteidigte sich damit, dass man solche Gelegenheiten nutzen müsse; die Stimmung und die Gespräche mit Putin seien „sehr ernst“ gewesen. Nur schwach beharrte er darauf, dass „hier Sachverhalte dämonisiert werden, die man mit etwas Vernunft anders bewerten würde und sollte.“<sup>52</sup>

Einer der prominentesten „Putin-Versteher“ in CDU-Kreisen ist Willy Wimmer, ehemaliger Bundestagsabgeordneter. Ausgesprochen bekannt für seine Vorliebe für antiamerikanische Verschwörungstheorien (es wird berichtet, dass er als Staatssekretär Besucher in seinem Büro dazu aufgefordert habe, ihre Handys in den Kühlschrank zu legen – damit die CIA ihre Gespräche nicht abhören könne<sup>53</sup>), wurde Wimmer zum prominenten Apologeten Moskaus. Er erscheint regelmäßig auf Russia Today und zögert nur selten, streng kremltreu zu interpretieren. Obwohl er im Jahr 2009 aus dem Bundestag ausschied, verfügt er als ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär, Verteidigungspolitiker und früherer Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE über die Glaubwürdigkeit eines erfahrenen Staatsmannes und verleiht dem, was sonst als größte Form der russischen Propaganda angesehen wird, Respektabilität.

Wimmer ist häufig zu Gast bei dem staatseigenen Fernsehkanal des Kremls, Russia Today; und seine prorussischen Äußerungen sind so zahlreich und erfolgen so oft, dass es sich kaum lohnt, sie *in extenso* zu zitieren. Sie reichen von der Unterstützung der Angriffe des Kreml auf westliche NGOs, „innenpolitische Angriffsformationen unter dem Deckmantel der von Washington aus gesteuerten sogenannten „Nichtregierungsorganisationen“<sup>54</sup> bis hin zu der Forderung, westliche Regierungschefs, die den Angriff der NATO auf Belgrad befürwortet hatten, vor den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu bringen – „wo sie alle hingehören, die diesen ordinären Angriffskrieg gegen ein Gründungsmitglied der UN aus amerikanischem Interesse gegen Russland vom Zaun gebrochen haben.“<sup>55</sup>

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass Wimmer vom Kreml als dermaßen loyal und *‘linientreu’* eingestuft wird, dass er vor Kurzem die zweifelhafte Ehre hatte, auf einer Konferenz von 500 Journalisten in Sankt Petersburg, die sich mit dem Thema „Russische Massenmedien und der Informationskrieg“ beschäftigte, Putin persönlich als Dolmetscher zu haben.

„Ich hatte einen ausgezeichneten jungen Konferenzdolmetscher dabei... Der Herr Präsident betonte aber, dass er selbst meine Worte in dieser großen Runde übersetzen würde“ erinnerte er sich atemlos „Das geschah dann auch und zwar in einer ebenso präzisen wie eleganten Art. ... „Wladimir

---

<sup>52</sup> „Mißfelder rechtfertigt Party mit Putin“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Mai 2014

<sup>53</sup> „Zeit der Witze über Spione ist vorbei“, Frankfurter Rundschau, 26. Oktober 2013

<sup>54</sup> „Willy Wimmer: System-Neige im Westen“, RT (Russia Today) Deutsch, 10. Mai 2016. (Der Artikel ist eine „Meinungs“-Kolumne, von Wimmer verfasst für den staatseigenen Fernsehsender Russia Today, für den er häufig als Gastautor arbeitet.)

<sup>55</sup> „Wenn ein Präsident zum Dolmetscher wird“, World Economy, 11. April 2016

Putin hat meinen Beitrag zu eigenen Anmerkungen über die Frage nach den Werten Russlands ausgedehnt. Seine Ausführungen über Patriotismus gegen Nationalismus waren sehr eindrücklich”<sup>56</sup>

Das Verständnis für Putin in der CDU beschränkt sich jedoch nicht nur auf exzentrische, geltungssüchtige Ex-Politiker wie Wimmer. Armin Laschet, Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, verteidigte den russischen Regierungschef ebenfalls und argumentierte, russische Interessen sollten angemessen berücksichtigt und die Bedeutung für die deutsche Handelswirtschaft mit Russland hervorgehoben werden. Er kritisierte den angeblich in Deutschland “marktgängigen Anti-Putin-Populismus” und sagte, die Haltung westlicher Regierungen zu Russland basierten auf Unkenntnis. Überhaupt sei die Verschlechterung der Beziehungen zu Russland weitgehend das Ergebnis der eigenen Fehler des Westens: “Die Dämonisierung Putins ist keine Politik, sondern ein Alibi für das Fehlen einer solchen.”<sup>57</sup> Bald nachdem der Kreml das Referendum auf der Krim auf den Weg gebracht hatte, sagte Laschet, auch wenn das Referendum in der Krim und die russische Politik gegen die Krim "eindeutig völkerrechtswidrig" seien, müsse man sich in den Gesprächspartner hineinversetzen, wenn man "eine außenpolitische Beziehung pflegt.”<sup>58</sup>

Dass er wirtschaftliche Argumente anführt, um damit die russische Aggression größtenteils zu ignorieren, ist auf die starke Einflussnahme der Energieunternehmen in seinem Bundesland Nordrhein-Westfalen zurückzuführen. Er verwies darauf, dass allein in diesem Bundesland 1200 Unternehmen Handel mit Russland trieben oder in Russland investierten. "Und 40 Prozent des Gases, das wir für unsere modernen Gaskraftwerke brauchen, damit die Energiewende gelingt, stammt aus Russland.”<sup>59</sup>

Der größte Anstoß für die prorussische Lobby innerhalb der Union kam jedoch von der Führung ihrer Schwesterpartei, der CSU. Im Februar 2016 reiste Horst Seehofer, Vorsitzender der CSU und bayrischer Ministerpräsident nach Moskau zu einem Treffen mit Putin, dem Moskauer Bürgermeister und anderen Ministern der Russischen Regierung. Das Treffen ereignete sich kaum eine Woche, nachdem Kanzlerin Merkel signalisiert hatte, sie sähe derzeit keine Möglichkeit für eine baldige Aufhebung der Strafmaßnahmen gegen Russland. Voraussetzung dafür sei die Umsetzung des sogenannten Minsker Abkommens. "Aber so weit sind wir leider noch nicht", hatte sie dem ukrainischen Präsidenten, Petro Poroschenko, gesagt.<sup>60</sup>

In Moskau jedoch sprach sich Seehofer, der von seinem Vorgänger Edmund Stoiber, dem bayrischen Ministerpräsident a. D. und ehemaligem Kanzlerkandidaten begleitet wurde, dafür aus, die Sanktionen “in überschaubarer Zeit” aufzuheben. Er sagte sogar zu Putin, man müsse sehen, wie man realistisch von den Strafmaßnahmen wegkomme, "in Schritten oder in einem Schritt".<sup>61</sup>

“Wir wollen mit ehrlichem Herzen unseren Beitrag leisten, dass wir in schwierigem politischem Umfeld wieder ein Stück Vertrauen und Normalität herstellen”, versicherte der CSU-Vorsitzende bei dem Gespräch in Putins Residenz. Putin, auf Fotos seinen bayrischen Gast freundlich anlächelnd,

---

<sup>56</sup> ebd.

<sup>57</sup> „Die Russland-Versteher“, Deutsche Welle, 20. März 2014

<sup>58</sup> „CDU-Vize Armin Laschet spricht von “anti-Putin Populismus,” RP Online, 14. März 2014

<sup>59</sup> ebd.

<sup>60</sup> „Seehofer übt Schulterschluss mit Putin“, Der Spiegel, 3. Februar 2016

<sup>61</sup> ebd.

erwiderte: "Die Probleme von heute betreffen uns alle." Auch versicherte er seinem Besucher: "Wir wissen um Ihre Haltung, Ihren Willen, viel für eine Normalisierung zu tun."<sup>62</sup>

Letztere Äußerungen sind sicherlich wahr, denn Seehofer hat die Sanktionen gegen Russland schon seit langem angezweifelt. Seine Skepsis beruht vor allem darauf, dass die bayerische Wirtschaft aufgrund der Strafmaßnahmen Einbußen hinnehmen musste. Auf dem Flug nach Moskau sagte er den Journalisten, „in überschaubarer Zeit“ müsse es hinsichtlich der Sanktionen zu Veränderungen kommen, denn dies sei im Interesse beider Seiten, „und dafür werde ich werben.“<sup>63</sup>

Auch Merkel wird für ihre politische Position vom ultrarechten Flügel herausgefordert, und tatsächlich hat diese Herausforderung so an Brisanz gewonnen, dass die Alternative für Deutschland (AfD), mehr oder weniger das deutsche Pendant zur britischen UKIP, vor Kurzem bei den Landtagswahlen in Merkmels Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mehr Stimmen bekam als die CDU.

An der AfD-Spitze befinden sich viele „Russland-Versteher“, die aus ihrer Sympathie für den Kreml oftmals keinen Hehl machen. Häufig plappern sie ohne nachzufragen Moskaus Lieblingsthemen nach. Da ist zum Beispiel Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag:

“Ein dauerhafter Frieden in Europa ist gegen Russland nicht möglich, sondern nur mit Russland. Und ich sage mit aller Deutlichkeit - die Russland-Sanktionen liegen nicht im deutschen Interesse, liebe Freunde.”<sup>64</sup>

Im Jahr 2015 war er Hauptredner auf einer Konferenz, die vom „Institut für Staatspolitik“ auf dem Rittergut Schnellroda abgehalten wurde. Das Institut soll kooperieren mit dem ‘Zentrum für Kontinentale Zusammenarbeit’, einer Organisation mit Sitz in München, ihr Direktor ist Yuri Kofner. Ihr Moskauer Büro firmiert unter der Adresse des „Eurasischen Clubs“ der staatlichen Universität MGIMO, die dem russischen Außenministerium untersteht. Häufig ist Kofner hier Gastdozent.<sup>65</sup>

Höcke ist „einer der großen Russland-Sympathisanten in der Partei“, ein Mann, der glaubt, man müsse, „die Krim-Annexion anerkennen, Sanktionen aufheben, aus der in seinen Augen amerikanisch bestimmten Nato austreten“.<sup>66</sup> Da ist er allerdings wahrlich nicht der einzige.

Die AfD ist seit ihren frühen Anfängen stets darum bemüht, mit Russland offiziell in Kontakt zu treten. Im Jahr 2014 begaben sich zwei hochrangige Parteifunktionäre, der Pressesprecher Christian Lueth und Vorstandsmitglied Georg Pazderski, zu einer "entspannten und freundlichen" Teestunde in die russische Botschaft in Berlin. Es folgten weitere Zusammenkünfte, und bald besuchte Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der Partei, früher viele Jahre Mitglied der CDU, russische Diplomaten in dem während der Sowjetära errichteten neoklassizistischen Gebäude.

---

<sup>62</sup> ebd.

<sup>63</sup> ebd.

<sup>64</sup> „Die Liebe der AfD zu Putin“, Bayerischer Rundfunk, 17. Juli 2016

<sup>65</sup> ‘Moskautreue Rechte’, Tagesschau, 29. April 2016; siehe auch “Die Denkfabrik der neuen Rechten“, Deutschlandfunk, 19. November 2015

<sup>66</sup> Die Liebe der AfD zu Putin“, Bayerischer Rundfunk, 17. Juli 2016, (Höckes Ansicht nach soll Deutschland als Ultima Ratio aus der NATO austreten, wenn sich innerhalb des Bündnisses nicht von Grund auf etwas ändert. In dieser Hinsicht ist er sich nach wie vor einig mit Frauke Petry, der Fraktionsvorsitzenden der AfD, die jedoch geäußert hat, für den Verbleib Deutschlands in der NATO zu sein.)

Gauland hat die prorussische Politik der AfD maßgeblich geprägt. Im Herbst 2013 verfasste er ein Positionspapier für die Parteiführung, in dem er nicht nur für ein gemäßigtes Verhalten des Westens gegenüber Moskau warb, sondern auch die Rückversicherungspolitik gegenüber Russland durch Reichskanzler Otto von Bismarck im 19. Jahrhundert lobte. Der Hinweis auf die Geheimdiplomatie Bismarcks wirkte wie ein Abrücken von der bundesdeutschen Westbindung in EU und Nato - was Gauland bestreitet.<sup>67</sup>

Im Jahr 2015 reiste Gauland mit einigen AfD-Abgeordneten nach Sankt Petersburg. Eingeladen hatte ihn die russische Stiftung Saint Basil the Great Charitable Foundation. Während seines Aufenthalts sprach er auch mit einem führenden Vertreter von Wladimir Putins Partei "Einiges Russland" und mit Andrej Klimkow, dem Vizechef des Auswärtigen Ausschusses der Duma.<sup>68</sup> Auch soll er sich mit einem "persönlichen Vertreter Putins" und dem Ideologen Alexander Dugin getroffen haben, einem der Architekten von "Neurussland", dessen extreme Ansichten hinsichtlich so verschiedener Themen wie der Ausgrenzung Homosexueller über eine Ausweitung der russischen Grenzen Russlands bis hin zu einer neuen strategischen Einflussphäre in „Eurasien“ auf Putin abgefärbt haben sollen.<sup>69</sup>

Interessanterweise ist der Gründer der russischen Wohltätigkeitsstiftung, die Gaulands Besuch in Sankt Petersburg organisiert hatte, der Oligarch Konstantin Malofejew, der laut einer Durchführungsverordnung des Europäischen Rates "in enger Verbindung zu ukrainischen Separatisten in der Ostukraine und auf der Krim" stehe", so dass sein Name auf einer Sanktionsliste des Europäischen Rates aufgeführt wurde.<sup>70</sup> Malofejew verfügte in der Tat einmal über so enge Verbindungen, dass er sogar den so genannten "Premierminister" der so genannten "Volksrepublik Donezk" als PR-Berater einstellte. Auch soll er einen Plan für den Kreml mit verfasst haben, der eine Strategie für die Annexion der Ostukraine zum Inhalt hatte.<sup>71</sup>

Der AfD wird vorgeworfen, sie ließe sich von Netzwerken finanzieren, die mit dem Kreml in Verbindung stehen – eine Anschuldigung, die kürzlich von dem CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter vorgetragen und prompt vehement abgestritten wurde. Der AfD-Mit-Vorsitzende sagte, er könne selbstverständlich ausschließen, dass sich die Partei direkt oder indirekt vom Kreml finanzieren ließe und beschrieb die Vorwürfe als „verschwörungstheoretischen Unfug“. Wie auch immer die Wahrheit über eine eventuelle russische Finanzierung der AfD lautet, so liegt doch auf der Hand, dass Gaulands Gastgeber in Sankt Petersburg, Konstantin Malofejew, Chef eines der größten russischen Investmentfonds, „Marshall Capital Partners“ mit Beteiligungen an Telekommunikation-, Medien- und Technologieunternehmen, nützliche Verbindungen zu rechtsgerichteten und populistischen Organisationen in einigen europäischen Staaten herstellte – was wiederum möglicherweise zum Plan des Kreml gehört, den Aufbau einer internationalen, „konservativen“ Komintern zu fördern. Sich selbst bezeichnet Malofejew als "orthodoxen Monarchisten", er gründete den rechtsgerichteten Fernsehsender "Zargrad" und richtete im Jahr 2014 in Wien eine Konferenz für Vertreter ultrarechter Parteien aus. Es kamen etwa der französische Front National, Bulgariens Ataka Partei und Österreichs Freiheitliche Partei (FPÖ).<sup>72</sup> Malofejew moderierte an

---

<sup>67</sup> „Wie die AfD mit Russland liebäugelt“, Der Spiegel, 18. Dezember 2015

<sup>68</sup> ebd.

<sup>69</sup> „AfD-Jugend und Putin-Jugend verbünden sich“, Der Spiegel, 23. April 2016

<sup>70</sup> Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2014 DES RATES vom 30. Juli 2014

<sup>71</sup> „Der Kreml und der Fahrplan für den Krieg“, Der Spiegel, 20. Februar 2015

<sup>72</sup> „Reports multiply of Kremlin links to anti-EU parties“, EU Observer, 26. November 2014

diesem Abend, dessen Stargast FPÖ Chef Heinz-Christian Strache war, gemeinsam mit dem Lieblingsideologen des Kremls, Alexander Dugin.<sup>73</sup>

Die Beziehungen der AfD zu Russland sind heute so eng und unverhohlen offenkundig, dass die Jugendorganisation der Partei, die Junge Alternative (JA) vor Kurzem beschlossen hat, ein Bündnis mit der „Jungen Garde“ der Putin-Partei „Einiges Russland“ zu bilden. Der Bundesvorsitzende der JA, Markus Frohnmaier, äußerte dazu:

„Auf dem ganzen europäischen Kontinent werden eurokritische und souveränistische Bewegungen immer stärker“, deshalb sei es sinnvoll für die JA und „selbstverständlich, diese Aktivitäten in einem neuen Jugendnetzwerk zu bündeln. Da dürfe Russland nicht fehlen“.<sup>74</sup>

Da die CDU durch die Migrationskrise geschwächt ist, die den Rechtspopulisten zusätzlichen Aufwind verschafft und nicht nur der AfD zu ihrem Aufstieg verholfen hat, sondern auch zu dem der antiislamistischen Gruppierung „PEGIDA“, ist die AfD in einer guten Position für die Bundestagswahl im nächsten Jahr. Da es durchaus möglich ist, dass das Wahlergebnis einmal mehr eine Regierungskoalition zur Folge haben wird, könnte die *‘Russlandpolitik’* der AfD bald zur Diskussion stehen.

Obwohl die PEGIDA keine politische Partei ist und offiziell keine Verbindungen zur AfD hat, verdient sie doch eine Erwähnung im Zusammenhang mit der russischen Kampagne, Unterstützung vom rechten Flügel in Deutschland zu bekommen. Die Organisation kämpft in vorderster Linie gegen die Entscheidung der Bundeskanzlerin, Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland aufzunehmen. Ihre Hochburg hat sie in Dresden in der ehemaligen DDR. Die offiziellen Medien in Russland berichteten enthusiastisch über ihre „Montagsdemonstrationen“, auf denen manche Anhänger der Protestbewegung russische Flaggen hielten und sogar „Merkel für Syrien, Putin für Berlin,“ oder „Putin, hilf uns“ sangen und werteten das als Beweis für die Zerrissenheit Deutschlands. Tatsächlich war der Enthusiasmus der Russen für PEGIDA so groß, dass man Deutschlands Medien dazu zwingen wollte, mehr über die „Montagsdemonstrationen“ zu berichten. (siehe unten)

## **ANDERE IN DER „QUERFRONT“**

Die Parteiführung der Grünen (Die Grünen/Bündnis 90) hat Putin scharf kritisiert. Ihre Wortführer haben sich auch für Europas Solidarität mit der Ukraine und gegen alle Beschwichtigungsversuche ausgesprochen, die auf Russlands Annexion der Krim folgten. Besonders Marieluise Beck, die die Partei beim Petersburger Dialog repräsentiert, spart nicht mit Kritik (siehe unten).

Wie bei der CDU gibt es jedoch auch hier Vertreter einer mit der Parteiführung differierenden Meinung. Im Juni 2016 sandte Ludger Volmer, ehemals Staatsminister im Auswärtigen Amt unter Joschka Fischer, dem früheren Außenminister und Parteiführer der Grünen, einen offenen Brief an die Parteiführung, in dem er sie wegen ihrer Russlandpolitik angriff. Er warf den Grünen vor, Putin zu dämonisieren und das Agieren des Westens gegenüber Russland bereitwillig zu rechtfertigen. „Putin ist keine Leitfigur für eine libertäre Demokratie. Aber er ist kein Kriegstreiber“, schrieb er.<sup>75</sup>

---

<sup>73</sup> „Russlands rechte Freunde“, Der Spiegel, 4. Februar 2016

<sup>74</sup> „AfD-Jugend“, ebd.

<sup>75</sup> „Offener Brief: Ehemaliger grüner Staatsminister kritisiert Russlandpolitik der Partei“, Mitteldeutsche Zeitung, 30. Juni 2016

Die FDP, Deutschlands liberale Partei, scheiterte bei der letzten Bundestagswahl an der Fünf-Prozent-Hürde und konnte nicht in den Bundestag einziehen. Jedoch könnte sie bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr ihr Comeback feiern. In diesen politisch vorerst unruhigen Zeiten nehmen die Leitfiguren der Partei sehr unterschiedliche Positionen gegenüber Russland ein. FDP-Chef Christian Lindner übt offene Kritik an Putin, den er folgendermaßen beschreibt: „Ihm geht es offensichtlich längst nicht mehr um die Interessen seines Volkes, sondern um die seiner Herrschaftsclique.“ Lindner warf Putin vor, er plane „die EU zu sprengen, weswegen er ja auch rechtspopulistische Kräfte in ganz Europa unterstützt“, forderte dazu auf, die NATO zu stärken und sagte, er halte deshalb „... den Zeitpunkt für gegeben, neu über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu sprechen“. <sup>76</sup>

Der Stellvertretende Vorsitzende der FDP vertritt eine ganz andere Ansicht als sein Parteichef. Drei Tage, nachdem Lindner seine Kritik gegenüber Putin in einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“ geäußert hatte, kritisierte Wolfgang Kubicki die „konfrontative“ Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung gegenüber Russland scharf und sagte: „Wenn die FDP in der Regierung wäre, würden wir uns massiv dagegen wehren, dass Nato-Truppen an die Ostgrenze Polens geschickt werden“. Er beharrte darauf, dass dies von Russland nicht als friedensstiftende Aktion verstanden würde. „Die Sicherheitslage verbessert sich nicht, sondern das Gegenteil ist der Fall.“ Er forderte für Deutschland eine Außenpolitik der Deeskalation. <sup>77</sup>

#### **DIE RUSSLANDLOBBY – ORGANISATIONEN (PETERSBURGER DIALOG, DEUTSCH-RUSSISCHES FORUM, OST-AUSSCHUSS UND ANDERE)**

In Deutschland gibt es einige bedeutende Organisationen, die offiziell das Ziel haben, den Dialog mit Russland zu fördern und die Beziehungen zu verbessern. Oftmals waren sie maßgeblich daran beteiligt, die Ziele der Moskauer Informationspolitik zu verbreiten.

Der „Petersburger Dialog“ ist in den letzten Jahren möglicherweise zum wichtigsten Podium für Deutschlands Russlandlobby geworden. Diese mächtige Organisation wurde gegründet, um „die Verständigung sowie einen offenen Dialog zwischen allen Bereichen der Zivilgesellschaften beider Länder“ zu fördern und hat sich als Netzwerkgruppe für einflussreiche Russophile und oft als eine Art intellektueller Treffpunkt für verständnisvolle Persönlichkeiten der Politik, der Medien, der Wirtschaft und der akademischen Welt etabliert. Die Organisation, deren Russischer Lenkungsausschuss von 2001 bis 2009 unter dem Vorsitz von Michail Gorbatschow stand und seit 2010 unter dem von Wiktor Subkow, Russlands Erstem Stellvertretender Ministerpräsident, beruft einmal im Jahr eine Hauptversammlung ein, doch beherbergt sie regelmäßig auch „Arbeitsgruppen“ zu Schwerpunktthemen. Für einige Teilnehmer hat sich der Petersburger Dialog als nützliches Forum etabliert, die wichtigsten Botschaften Moskaus auszutesten, zu entwickeln und publik zu machen.

Auf Initiative von Präsident Putin und Kanzler Schröder im Jahr 2001 gegründet, versteht sich der Petersburger Dialog als „offenes Forum“ zur Entwicklung deutsch-russischer Beziehungen, doch konzentriert er sich in zunehmendem Maße auf die Idee der Sonderbeziehung. Offiziell will er vor allem „die Verständigung und den offenen Dialog zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder fördern“, „eine partnerschaftliche Kooperation in allen gesellschaftlichen Bereichen entwickeln“ und „die Kontakte zwischen den beiden Nationen ausdehnen.“

---

<sup>76</sup> „Die FDP geißelt den Selbstkel des Westens“, Die Welt, 30. Dezember 2014

<sup>77</sup> „Kubicki kritisiert konfrontative Russland-Politik“, dts Nachrichtenagentur, 3. Januar 2014



Indem der Petersburger Dialog „*Russland-Versteher*“ mit führenden Unternehmern, Akademikern und Medienschaffenden zusammenbringt, wird er zu einer kraftvollen Lobby sowohl für die „Sonderbeziehung“ als auch für falsche Vorstellungen, wie etwa der, dass sich für die deutsche Industriedurch die verbesserten Beziehungen zu Russland enorme Chancen eröffnet hätten, die durch eine Kritik an der russischen Aggression zunichte gemacht würden.

Die Organisation wird scharf dafür kritisiert, dass sie „... kein unabhängiges Gesprächsforum mehr sei, russlandkritische Stimmen kämen nicht mehr zu Wort.“<sup>78</sup> Nachdem die Jahrestagung wegen Russlands Annexion der Ukraine im Jahr 2014 abgesagt worden war, sagten einige deutsche Mitglieder, die Organisation bedürfe dringend der Reform. Der Petersburger Dialog soll eigentlich ein Gesprächsforum zwischen Deutschland und Russland bieten – doch ein echter Austausch zwischen den Gesellschaften kommt nach Ansicht von Kritikern kaum zustande. Interne Kritiker der Organisation, darunter die Bundestagsabgeordneten **Andreas Schockenhoff** (CDU) und **Marieluise Beck** (die Grünen/Bündnis 90) hatten gemeinsam mit Vertretern der Konrad-Adenauer- und der Heinrich Böll-Stiftung ein Papier präsentiert, in dem sie „eine stärkere Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren mit Russland-Engagement“ und „auch Raum für die kritische Auseinandersetzung mit der russischen Politik“ forderten.<sup>79</sup>

Die Kritiker behaupteten, der Vorsitzende des Petersburger Dialogs, Lothar de Maizière, „habe jede Form der Kritik abgeblockt und als Beleidigung der deutsch-russischen Beziehungen bezeichnet.“ Schockenhoff übte scharfe Kritik an de Maizière, dem letzten Ministerpräsidenten der DDR, der jedoch zugleich sein Parteifreund ist, und forderte dessen Rücktritt. Er äußerte, der Petersburger Dialog sei von einer kleinen Gruppe, die regelmäßig die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen abgeschmettert hätte, wenn diese als zu russlandkritisch eingestuft worden waren, „sehr, sehr eng geführt“ worden. Vor der letzten, in Sotschi geplanten Tagung hätte „eine ganze Reihe von deutschen Nicht-Regierungsorganisationen ... ihre Teilnahme abgesagt“, weil Druck auf sie und ihre russischen Partner ausgeübt worden sei.<sup>80</sup>

Ein wesentlicher Bestandteil der Reformagenda war es, den Petersburger Dialog von seiner engen Bindung zum Deutsch-Russischen Forum abzukoppeln. **Beide Organisationen waren vor einigen Jahren so eng miteinander verkoppelt, dass sie denselben Vorstand hatten – Martin Hoffmann.** Das deutsch-russische Forum ist weitgehend von industriellen und finanziellen Interessen geprägt und viele seiner Mitglieder sind gleichzeitig Mitglieder des Petersburger Dialogs. Die Tatsache, dass der Vorsitzende des russischen Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs früher Stellvertretender Ministerpräsident und heute Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gazprom ist, ist zweifellos eine ganz besondere Attraktion. Allerdings waren die Reformer noch unglücklicher über die Rolle des früheren SPD-Ministerpräsidenten von Brandenburg und heutigen Vorstandsmitglieds des

---

<sup>78</sup> „Petersburger Dialog: Austausch in schwierigen Zeiten“, Deutschlandfunk, 14. Jul 2016

<sup>79</sup> „Umstrittener Petersburger Dialog steht vor dem Umbau“, Der Tagesspiegel, 21. November 2014

<sup>80</sup> „Ärger um Petersburger Dialog: Ein Zivilgesellschaftlicher Dialog konnte nicht stattfinden“ Deutschlandfunk, 24. November 2014

Russischen Forums, Matthias Platzeck, nachdem der die Akzeptanz der russischen Krim-Annexion gefordert hatte.

„Diese Organisationen waren einst gegründet worden, um den Dialog zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder zu fördern“, sagt **Stefan Meister**, Osteuropa-Experte des European Council on Foreign Relations. „Ziel war es auch, unsere westlichen Werte wie Demokratie, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln. Doch inzwischen werden die Organisationen auch missbraucht, um Lobbyarbeit für Wirtschaftsinteressen zu betreiben und ein positives Russland-Bild in der deutschen Öffentlichkeit zu präsentieren.“<sup>81</sup>

Das Management des Deutsch-Russischen Forums wird von industriellen Interessen dominiert. Im Vorstand des Deutsch-Russischen Forums sitzt beispielsweise auch **Michael Sasse**, der Presse- und Kommunikationschef des Kasseler Öl- und Gaskonzerns Wintershall. Seit Anfang der neunziger Jahre arbeitet die BASF-Tochter Wintershall eng mit Gazprom zusammen. Sie überlässt Gazprom ihr Handels- und Speichergeschäft und erhält dafür im Gegenzug Explorationsrechte in Sibirien.

Auch der „Forschungsdirektor“ des Deutsch-Russischen Forums verfügt sowohl über Verbindung zur Wintershall als auch zum Petersburger Dialog. Es ist der prominente „Russland-Versteher“ und selbstproklamierte „Russlandexperte“ **Alexander Rahr**. Seit Juni 2012 ist er „Senior Adviser“ bei der Wintershall. Dass er fließend Russisch und Deutsch spricht, verdankt er seinem Vater Gleb. Rahr ist häufig bei politischen Talkshows zu Gast. In seinen Funktionen beim Deutsch-Russischen Forum und als Mitglied des Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs strahlt er Autorität aus.

Rahr, ehemaliger Leiter des Berthold Beitz-Zentrums in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dessen Nachfolger dort Ewald Böhlke ist, „... braucht Plattformen wie den Petersburger Dialog und das Deutsch-Russische Forum, um seinen Einfluss nicht zu verlieren.“<sup>82</sup>

Wegen seines direkten Drahts zu Putin (der seinem Vater die russische Staatsbürgerschaft wieder zuerkannt haben soll, nachdem er dessen Geschichte gehört hatte), steht er unter scharfer Kritik von führenden CDU-Parteimitgliedern und Politikern der Grünen im Europa-Parlament. Elmar Brok von der CDU sagte, Organisationen wie der Petersburger Dialog und das Deutsch-Russische Forum sollten „... nicht durch Leute wie Rahr unterwandert werden.“ Werner Schulz von den Grünen drückte sich noch deutlicher aus: „Herr Rahr agiert in Deutschland als eine Art Einflussagent des Kreml.“<sup>83</sup>

Es wird auch behauptet, dass Funktionäre des alten kommunistischen Regimes und ehemalige Stasiagenten bis in die Führungsebenen des Deutsch-Russischen Forums und des Petersburger Dialogs vorgedrungen sind. **Hans-Joachim Gornig**, ehemals Stellvertreter des Ministers für Kohle und Energie in der DDR und bis vor nicht allzu langer Zeit Chef der Gazprom Germania, war früher Präsident des Kuratoriums des Deutsch-Russischen Forums.

---

<sup>81</sup> „Deutscher Putin-Unterstützer gibt den Russland-Experten“, Die Welt, 21. September 2015

<sup>82</sup> Ebd.

<sup>83</sup> Ebd.

Genauso wie **Lothar de Maiziere**, der letzte Ministerpräsident der DDR, der auch im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs saß. Ihm wird vorgeworfen, ein Stasiagent [*Inoffizieller Mitarbeiter*] unter dem Decknamen "Czerny" gewesen zu sein, was von ihm bestritten wird. **Andre Brie**, ebenfalls Mitglied im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs, arbeitete fast 20 Jahre für die Stasi unter dem Decknamen "Peter Scholz".

Interessanterweise schrieb Bries Bruder Michael, angeblich ebenfalls ehemaliger Stasiagent, im Jahr 1992 ein Buch mit dem Titel „Russland wieder im Dunkeln“. Sein Koautor war Ewald Böhlke, Rahrs Nachfolger im Berthold-Beitz-Zentrum. Nach dem Studium der Philosophie an der Ostberliner Humboldt-Universität im Jahr 1989 war er ab 1995 auf einmal für die Daimler AG tätig und erreichte Bekanntheit als „Russlandexperte“.

*[The „Russlandexperte“ in quotation marks in this case is unfair. I have a more positive view of Böhlke. He was actually brought in so as to correct Rahr's damaging Russlandlastigkeit. Why he was replaced rather quickly by Meister I'm not sure about. I guess it was inefficiency rather than "wrong" views. The quotation marks are properly used for Krone-Schmalz. This applies also to her travelling about as "Frau Professorin". This is an insult to the academic world.]*

Während der ersten Tage der Krise in der Ukraine trat Rahr im "ZDF-Morgenmagazin" an einem Mittwochmorgen auf. Ihm folgte am Tag darauf der "Russland-Experte" Boehlke, der genau die gleichen Argumente vortrug. "Welch ein Zufall", bemerkte eine Zeitung dazu.<sup>84</sup>

*[More could be said of the Stasi connections. This is especially true for the discussion of DIE LINKE.]*

Der Petersburger Dialog und das Deutsch-Russische Forum üben einen starken Einfluss auf den **„Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft“** aus, der wiederum gut positioniert dafür ist, Einfluss auf die Regierung auszuüben. Der Ost-Ausschuss vertritt führende Unternehmen Deutschlands mit Interessen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. Zu der Organisation gehören 130 Mitgliedsunternehmen, zu ihren Unterstützern zählen wichtige Wirtschaftsverbände, darunter der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesverband Deutscher Banken. In ihrem Aufsichtsrat sitzen unter anderem Vertreter von Siemens, der Deutschen Bank und der BASF.

Führende Mitglieder zeigen sich seit der Einführung der Sanktionen über deren Auswirkung besorgt, und die staatlich kontrollierten Medien in Russland haben ihrer Besorgnis besonderen Ausdruck verliehen. Im Juni 2015 erwähnte Russia Today in einem Bericht ausdrücklich eine Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, die von Eckhard Cordes gehalten wurde, dem damaligen Vorsitzenden Ost-Ausschusses:

“Der Chef des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft (OA), **Eckhard Cordes**, hat am Dienstag in Berlin bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) den politisch motivierten Handelskrieg des Westens gegen Russland kritisiert. Zudem warnte der Wirtschaftsvertreter vor einer Eskalation des Konflikts, der zu einem völligen Bruch der Beziehungen führen könnte und besonders für Deutschland negative Folgen nach sich ziehen würde.... Cordes glaubt, dass nur mit

---

<sup>84</sup> ebd.

Russland ein stabiles und prosperierendes Europa möglich sei, „gegen Russland ist es praktisch unmöglich“.<sup>85</sup>

Cordes bleibt weiterhin Vorstandsmitglied des Ost-Ausschusses, obwohl er im Jahr 2015 sein Amt als Vorsitzender abgab; er ist ein lautstarker Gegner von Sanktionen. Im Jahr 2014 gab er zu bedenken: „Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir am Ende des Jahres im Russlandhandel bei einem Exportminus von 20 bis 25 Prozent ankommen werden.“<sup>86</sup> Im Jahr 2015 warnte er abermals vor dem zu erwartenden Verlust von Arbeitsplätzen und sprach sich für eine Freihandelszone von EU, Russland und den Nachbarstaaten aus. Er definierte die Ukraine als Brücke zwischen Ost und West – von jeher ein beliebtes Argument für *Russland-Versteher* – und sagte „Wir werben ... für direkte Gespräche zwischen der Europäischen Kommission und der Eurasischen Wirtschaftskommission über eine gemeinsame Wirtschaftsarchitektur, also über eine gemeinsame Freihandelszone, an der auch die Ukraine partizipieren kann.“<sup>87</sup>

Obwohl einige von Cordes Kollegen nicht seiner Meinung waren (BDI Präsident, Ulrich Grillo sagte: „Langfristige Rechtssicherheit in Europa ist wichtiger als kurzfristiger Geschäftserfolg“)<sup>88</sup>

[See also on similar views from Wirtschaftsvertreter, e.g. Ferber et al. , in my paper for the Transatlantic Academy: „Germany’s Russia Policy: From Sanctions to Nord Stream 2,“ Transatlantic Academy, Washington, D.C., Transatlantic Academy.org, March 14, 2016, <http://www.transatlanticacademy.org/publications/germany%E2%80%99s-russia-policy-sanctions-nord-stream-2.>]

und trotz mancher Spekulationen darüber, dass der Ost-Ausschuss unter seinem neuen Vorsitzenden Wolfgang Buechele wohl nicht so viel Verständnis für Moskau hätte, drängt die Organisation nach wie vor auf einen Abbau der Sanktionen. Erst kürzlich protestierte der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, vehement gegen die Forderung, die EU-Sanktionen zu lockern. „Solche Forderungen sind absolut kontraproduktiv und nicht zielführend. Im Gegenteil: sie bestärken nur den Kreml in seiner bisherigen perfiden Strategie, im Minsker Friedensprozess gar nichts zu liefern und stattdessen auf Zeit zu spielen.“<sup>89</sup>

In Deutschland herrscht kein Mangel an Organisationen, die sich bereitwillig für Moskau aussprechen oder ein Podium für Unterstützer bieten. Von den **„Berliner Freunden der Völker Russlands“** bis zu den **„Potsdamer Begegnungen“**, eine von der Wintershall gesponserte zweitägige Konferenz, die einmal im Jahr stattfindet und zum Ziel hat, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Russland und Deutschland zusammenzubringen und „das beiderseitige Verständnis zu vertiefen“. Es gibt zahlreiche Gruppierungen, Organisationen und Konferenzen, die hilfreich für eine Lockerung der Sanktionen und eine „Sonderbeziehung“ eintreten.

Auch werden ganz neue Gruppierungen von *Russland-Verstehern* gegründet, die bereits in anderen Verbänden oder Organisationen aktiv sind. Das Online-Diskussionsforum **„Russlandkontrovers.de“** bietet beispielsweise „ein allen zugängliches, multimediales Diskussions- und Informationsforum. Unterschiedliche Expertenmeinungen und Hintergrundinformationen zu

---

<sup>85</sup> „Nur mit Russland prosperierendes Europa möglich: Ost-Ausschuss kritisiert Sanktionen“, RT Deutsch, 10. Juni 2015

<sup>86</sup> „Ost-Ausschuss sieht 50.000 Jobs in Gefahr“, n-tv, 25. August 2014

<sup>87</sup> „Russland-Geschäft bricht ein“, n-tv, 08. Januar 2015

<sup>88</sup> „BDI gibt Russland die Schuld an der Misere“, Die Welt, 22. September 2015

<sup>89</sup> „Ukraine kritisiert Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft“, Handelsblatt, 13. Juni 2016

aktuellen Themen geben dem Online-Publikum die Möglichkeit, ein differenziertes Bild zu erhalten und sich selbst mit eigenen Kommentaren an aktuellen Diskussionen zu beteiligen.“<sup>90</sup> Vorwiegend ist **Martin Hoffmann** (vom Deutsch-Russischen Forum und vom Petersburger Dialog) als einer der “Experten” der Organisation vertreten wie auch **Gabriele Krone-Schmalz**, deren Kolumnen auf der Internetseite gegenwärtig die einzigen sind, die kommentiert werden können.

Eine neue prorussische Organisation, über die mancher die Stirn runzelt, ist das **Forschungsinstitut „Dialog der Zivilisationen“**. Das Institut wurde ursprünglich in Wien gegründet, organisierte Jahreskonferenzen auf der Insel Rhodos und hat jetzt ein großes und gut finanziertes Büro in Berlin eröffnet. Die Idee dafür stammt von Wladimir Jakunin, ehemals Präsident der staatlichen russischen Eisenbahngesellschaft, dem früheren russischen Bahnchef. Er trat zurück, als das Unternehmen immer mehr in die roten Zahlen geriet, während er seinen Reichtum mehren konnte. Jetzt hat er die Zusage gegeben, das Institut während einer Anfangsphase von fünf Jahren mit 25 Millionen Euro zu finanzieren. Mit seinen 25 Millionen Euro wird dem Institut ein fester Mitarbeiterstab von 20 Angestellten garantiert, und dank der Unterstützung weiterer Gönner wird es möglich sein, regelmäßig Beiträge von renommierten Akademikern, Analytikern und Kommentatoren zu finanzieren. Zu den Aufsichtsratsmitgliedern zählen unter anderem der ehemalige Botschafter in **Moskau Hans-Friedrich von Ploetz** und **General a.D. Harald Kujat**. “Es ist der Anfang eines hochfliegenden Plans, mit dem der Kreml die politische Meinung im Westen drehen will”, schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Es ist nicht sehr verwunderlich, dass solch ein ehrgeiziges Projekt einem von Putins engsten Vertrauten überantwortet werden sollte, einem Mann also, der 22 Jahre beim KGB und dessen Nachfolgeorganisation, dem Auslandsnachrichtendienst SVR tätig war, bevor er Eisenbahner wurde.<sup>91</sup>

*[I’m not sure whether that institute really makes any impact. Living in Berlin, since the foundation of the insntitute I haven’t heard anything at all about its activities.] [There is a lot to say about Kujat, who is despised in the Bundeswehr. Why von Ploetz is in the Aufsichtsrat is beyond me.]*

“Im Informationskrieg Russlands geht es eben nicht nur um Fernsehsender, Nachrichtenportale oder Trollfabriken, die Internetseiten mit gefälschten Kommentaren überschwemmen”, schrieb die Frankfurter Allgemeine. “Es geht auch um scheinbar unabhängige wissenschaftliche Institute, finanziert von einem scheinbar unabhängigen Unternehmer. Die schärfste Waffe, wenn es um russischen Einfluss, um die Soft Power des Kremls geht, sind die Fürsprecher der russischen Politik in Deutschland selbst. Hier können Jakunin und seine Genossen mit den größten Erfolgen rechnen.”<sup>92</sup> *[Well, as I said, that institute appears to be inconsequential.]*

## OPERATIONEN UND METHODEN

Der moderne Informationskriegsführung Russlands in Form von systematischen psychologischen und propagandistischen Operationen, die so genannte ‘*Spezpropaganda*’ (*Spezialabteilung russische Propaganda*), wurde in der Sowjetunion im Jahr 1942 unter Stalin gegründet. Seitdem wurde sie, abgesehen von einer kürzeren Zeitspanne nach dem Zerfall der Sowjetunion, kontinuierlich weiterentwickelt, wie Jolanta Darczewska vom Centre for Eastern Studies in Warschau in ihrer Studie “Crimean Operation” (Die Operation auf der Krim) mit dem Titel *The Anatomy of Russian Information Warfare*’ (*Die Anatomie des russischen Informationskriegs*) ausführt. Schon oft hat sie

---

<sup>90</sup> [www.russlandkontrovers.de](http://www.russlandkontrovers.de)

<sup>91</sup> „Achtung, Wladimir kommt!“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. September 2016

<sup>92</sup> ebd.

profitiert, sowohl von neuen politischen Verhältnissen als auch vom technologischen Fortschritt. Ihre Hauptbestandteile gehen weit über die traditionelle Propaganda hinaus. Sie sind:

“soziale Kontrolle” (Einflussnahme auf die Gesellschaft)

“soziale Manöver” (gezielte Kontrolle der öffentlichen Meinung)

“Informationsmanipulation” (Methode der Informationsvermittlung mit dem Ziel der Tatsachenverzerrung)

“Desinformation” (die Verbreitung gefälschter oder manipulierter Informationen)

andere Techniken, beispielsweise Lobbyismus und Erpressung.

Zweifellos ist Deutschland zum Opfer all dieser unterschiedlichen Methoden der Informationskriegsführung geworden, und das wird es auch weiterhin sein. Die Kombination aus Lobbyismus und Beichterstattung in den Medien zeigt Wirkung: die Meinung in Deutschland ändert sich bereits und bestehende Auffassungen werden revidiert. So sind Viele schon dafür, die EU-Sanktionen gegen Moskau wieder aufzuheben, es entsteht ein günstiges Klima für andere Anschauungen, beispielsweise einer Abkehr von Deutschlands *Westbindung* und die Schaffung einer “Sonderbeziehung” zu Russland.

Das Heranziehen einflussreicher Persönlichkeiten aus dem gesamten politischen Spektrum wurde durch eine Medienkampagne verstärkt, die sich vor allem auf die Möglichkeiten konzentriert, die das Internet zur Schaffung einer Meinung und deren Gestaltung bietet. Der Einsatz neuer Medien trägt dazu bei, den Eindruck zu verstärken, in der gesamten Parteienlandschaft würde den vielen *Russland-Verstehern* Sympathie entgegengebracht. Damit wird das Bild einer substanziellen Unterstützung vermittelt und eine Eigendynamik entwickelt, die die Mainstreammedien ermutigt, bestimmten Auffassungen Gewicht zu verleihen, die sonst als inakzeptabel gelten, weil sie zu banal oder auch zu extrem sind. Auch wirken sie sich auf die Mainstreammedien aus, weil sie einen Informationsfluss an Kommentaren, Tweets, Re-Tweets und Links produzieren, die permanent die öffentliche Meinung formen und Druck ausüben, wenn politische Veränderungen realisierbar erscheinen.

**Es ist gut dokumentiert, in welchem Ausmaß Russland versucht hat, europäische Medien zu beeinflussen.**

Falsche Facebook und Twitter Accounts wurden dazu benutzt, genehmigte Abfassungen von Nachrichten und Unterstützermeynungen zu verbreiten.

So genannte **“Trollfabriken”** sind entstanden, die Dutzende, ja sogar Hunderte Mitarbeiter haben, deren Job es ist, die Mainstream Medien zu erobern, indem sie massenhaft Nutzerkommentare als Unterstützer einer Meinung schicken und so genannte “Shitstorms” produzieren, die dann in den Köpfen der Journalisten herumschwirren, die Kremlgegner sind.

Es gibt zahlreiche “Trollfabriken”, die mit dem Thema Russland befasst sind, aber die dubioseste ist die so genannte **“Internet Research Agency”**, die einem Account zufolge “die Kunst des Trollens industrialisiert” hat und bis vor Kurzem ihren Sitz in der Savushkina Straße 55 in Sankt Petersburg hatte. Über 400 Angestellte arbeiteten dort zeitweise, und das Management war “besessen von Statistiken – Abruf der Websites, Anzahl der Posts, das Zählen der Klicks auf Blogs in Echtzeit, – und

die Teamleiter zwangen die Mitarbeiter durch ein System von Bonus- und Strafzahlungen zu harter Arbeit.“<sup>93</sup>

Die Taktik ist nicht neu – die Israelis entwickelten eine ausgeklügelte Operation mit Trollen, um der propalästinensischen Berichterstattung in den Europäischen Medien entgegenzuwirken – aber sie ist von den Russen noch so weit optimiert worden, dass jetzt nach Schätzungen Tausende in dieser Branche arbeiten.<sup>94</sup> Das Trollen von Pro-Kreml-Meinungen begann im neuen Jahrzehnt und war eine Folge der wachsenden technikaffinen Opposition in Russland, die die Straßenproteste gegen den Wahlbetrug organisiert hatte. Jetzt nehmen die Aktionen dramatisch zu, und zwar in dem Maße, dass nach Ansicht eines Kommentators “Russlands Informationskrieg als größte Troll-Operation in der Geschichte gesehen werden kann, und er zielt mindestens auf die Nutzung des Internets als demokratische Plattform.“<sup>95</sup>

Präsident Putin hat bekanntermaßen gesagt, dass er das Internet als “ein Projekt der CIA” betrachte; und ein deutscher Analytiker ist der Ansicht, dass ein geringer Teil davon – die sozialen Medien – jetzt “im Zentrum” von Russlands Propagandakampagne stehen“. Insgesamt spielen die sozialen Medien für die Verbreitung von Propaganda eine zentrale Rolle. Mit Hilfe von Social Bots, also gesteuerten Roboter-Profilen in sozialen Netzwerken, werden Falschmeldungen und Internet-Meme verbreitet. Auch die Überflutung von Leser-Foren auf internationalen Medienseiten mit Pro-Kreml-Aussagen gehört dazu.“<sup>96</sup>

Die Informationskampagne beinhaltet nicht nur den Einsatz von Troll-Armeen zur Unterstützung des Kremls, sondern oft auch die Erfindung und Verbreitung hochentwickelter falscher oder verzerrter Nachrichten, um Gegner zu diskreditieren. Im deutschsprachigen Bereich ist die Kampagne jetzt gut etabliert.

“Seit der russischen Okkupation der Krim tobt ein Meinungskrieg ganz neuer Art auch in deutschsprachigen Internetmedien, vor allem in den sozialen Netzwerken“, berichtete die Welt. „Diese sind für viele zunehmend Ersatz für konventionelle Medien und damit meinungsbildend – und deshalb bevorzugter Abwurfplatz neuer russischer Propaganda-Methoden. Dass Russland intern praktisch von Geheimdiensten regiert wird, die schon von Beginn an die Freiheitsbewegungen in der Ukraine unterwanderten, ist bekannt. Dass sie dies nun auch in westlichen Medien tun, ist in diesem Umfang neu.“<sup>97</sup>

**Ingo Mannteufel**, der **Leiter der Russischen Redaktion der Deutschen Welle** war unzählige Male Zeuge von „Shitstorms“ wegen der Berichterstattung seines Senders über den Konflikt auf der Krim und der Ostukraine. Eine wichtige Zielscheibe ist die russischsprachige Facebook-Seite der Deutschen Welle, die erst kürzlich zum wiederholten Male angegriffen wurde.

“Das sind teilweise wüste Beleidigungen deutscher Politiker oder auch insbesondere der Bundeskanzlerin, häufig auch mit antisemitischen Untertönen, antiamerikanischen Untertönen, die sich dann gegen die Regierung in Kiew richten“ sagt er über die „Shitstorms“ auf seine Redaktion im

---

<sup>93</sup> “The Agency”, Adrian Chen in New York Times Magazine, 2. Juni 2015

<sup>94</sup> Ebd. Chen quotes a “troll farmer” from the Urals, saying “there are thousands – I’m not sure about how many – but yes, really, thousands” and they work for government authorities at every level. (Chen zitiert einen “Troll-Fabrikanten” aus dem Ural, dem zufolge Tausende Menschen für alle Ebenen der Regierung arbeiten.)

<sup>95</sup> Ebd.

<sup>96</sup> Ingo Mannteufel, „Putin hat für jeden die richtige Botschaft“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01. März 2016

<sup>97</sup> „Anatomie des russischen Infokriegs“, Die Welt, 15. Oktober 2015

Sender. Besucher auf der Internetseite gebrauchten Beleidigungen wie "Käufliche Journalisten!" und "Faschistische Herren!" Mannteufel war verwundert über den hasserfüllten Ton, doch ganz und gar nicht geheuer waren ihm die verschleierte Identitäten.

"Wenn Sie sich dann die Facebook-Seite so einer Person anschauen, dann stellen Sie fest, dass die häufig sehr kurz vorher oder vor wenigen Tagen erst entstanden ist, dass sie sehr wenig Angaben zur Person auf dieser Seite finden. Also wenig Fotos, wenig Angaben zur Herkunft, Gefällt mir. Mehr noch: Man hat auch den Eindruck, dass diese Fotos, wenn es dann Fotos gibt, dass es nicht die echten Fotos sind, sondern die aus dem Internet zusammengeklaut sind."<sup>98</sup>

**Boris Reitschuster**, ehemaliger Moskaukorrespondent beim Fokus, berichtete etwas Ähnliches. Auch er wird von mysteriösen Internetnutzern attackiert.

"Auffälligkeiten sind zum Beispiel, dass sich die Argumentation sehr stark wiederholt – es geht bis dahin, dass die Rechtschreibfehler und die Grammatikfehler teilweise identisch sind. Und wenn man dann jemanden löscht, dann sind die innerhalb kürzester Zeit wieder da. Auch etwas, was man als Indiz werten kann, dass das Ganze gesteuert ist."<sup>99</sup>

Es gibt Indizien dafür, dass „Shitstorms“ bewusst geschaffen und eingesetzt werden, um Journalisten einzuschüchtern und die Berichterstattung zu verändern. Im Frühjahr 2014 rief eine falsche Facebook-Gruppe öffentlich dazu auf, einen „Shitstorm“ gegen die deutschen Medien zu richten, weil diese nach Ansicht der Organisatoren nicht genügend über die „Montagsdemonstrationen“ gegen Asylsuchende berichtet hatte. Auf diesen Demonstrationen protestierten die Rechten auch gegen jegliche Kritik an Putin. Die Facebook-Gruppe rief dazu auf, deutsche Radiosender mit Onlineattacken zu überfluten. "Bombardiert die Medien mit Meinungen", so die Forderung an die Anhänger.

Für Ingo Mannteufel ist klar, was zurzeit in Deutschland vorgeht und aus welchem Grund das so ist. "Der Kreml setzt durch die von ihm kontrollierten Medien Informationen als Instrument einer aggressiven Außenpolitik ein", sagt er. „'Hybride Kriegsführung' nennt man das. Die Methoden dieser gezielten Desinformation und Manipulation der öffentlichen Meinung wurden in Russland zunächst eingesetzt, um die Macht des Präsidenten Wladimir Putin zu sichern. Im Konflikt um die Ukraine erreichte die russische Propaganda ein neues Niveau: Durch Verzerrungen, Halbwahrheiten und komplette Lügengeschichten werden 'die Ukrainer' durchgehend als 'Faschisten' verunglimpft.

Seit einiger Zeit ist Deutschland ins Fadenkreuz der Desinformation gerückt - vermutlich weil es Bundeskanzlerin Angela Merkel gelungen ist, die EU in der Frage der europäischen Sanktionen gegen Moskau vereint zu halten. Das wahrscheinliche Kalkül: Sollte Merkel durch die Flüchtlingskrise stürzen und Deutschland in Europa geschwächt werden, bröckelt die Front für die Sanktionen gegen Russland."<sup>100</sup>

Moskau ist besonders aktiv, wenn es darum geht, die **Flüchtlingskrise auszunutzen**, um Online-Hasstiraden auszulösen, die sich sowohl gegen Migranten richten als auch gegen Kanzlerin Merkel persönlich. Anfang des Jahres hatte das russische Sensationsblatt „Sowerschenno Sekretno“ („streng geheim“) beispielsweise die Schlagzeile "Russlanddeutsche überfallen Flüchtlingsheim in Deutschland". In dem Artikel wird darüber berichtet, dass ungefähr 400 russischstämmige deutsche

---

<sup>98</sup> „Putins geheime Online-Armee“, Deutschlandfunk, 12. September 2016

<sup>99</sup> Ebd.

<sup>100</sup> „Putin hat für jeden die richtige Botschaft“, ebd.



Männer gezwungenermaßen zur Selbsthilfe gegriffen und mit Baseballschlägern ein Flüchtlingsheim in Bruchsal bei Karlsruhe aufgemischt hätten. Diese Darstellung war vollkommen übertrieben. Nach Polizeiangaben hatten vier Männer ein Fenster eines Flüchtlingsheims in dem Nachbardorf Karlsdorff-Neuthard eingeworfen.

Dennoch ist die Berichterstattung typisch für die Mainstreammedien in Russland. Seit den Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht wird die deutsche Gesellschaft gezielt so dargestellt, als würde sie von Migranten überrannt und befände sich kurz vor dem Zusammenbruch. „Die Ereignisse von Köln haben die Gesellschaft gespalten“ berichtete der russische Fernsehsender Rossija24. „Immer weniger Menschen glauben, dass die Migranten keine Gefahr darstellen.“<sup>101</sup>

Noch schamloser war vielleicht, wie Moskau die **Angelegenheit „Lisa“** für sich ausgenutzt hatte. Im Fall Lisa, einer Dreizehnjährigen, die in Berlin als vermisst gemeldet wurde, berichtete der russische TV-Nachrichtensender „Westi“, das Mädchen sei von Flüchtlingen entführt und vergewaltigt worden. Die Nachricht schlug im Internet hohe Wellen und war zweifellos sehr hilfreich für die Anhänger von Organisationen wie PEGIDA und AfD, die sich mit ihren Kampagnen schon gegen Kanzlerin Merkel wegen der Entscheidung richteten, Flüchtlingen aus Syrien und anderen Ländern in Deutschland Asyl zu gewähren. Die Berliner Polizei versicherte den Reportern „Fakt ist - nach den Ermittlungen unseres LKA gab es weder eine Entführung noch eine Vergewaltigung“<sup>102</sup> Zu dieser Zeit war die Lüge jedoch schon im Umlauf.

*[What is lacking here is the fact that the affair went as high up as to the Russian foreign ministry. Lavrov had the nerve of attacking the German government for „political correctness“ and trying to hush up things.]*

Ein wichtiger Faktor in der Verbreitung zahlreicher Verzerrungen und Unwahrheiten ist die große Anzahl **russisch sprechender Gemeinden** in Deutschland (Schätzungen nach sind es etwa 2,3 Millionen Menschen). Sie haben ihre Wurzeln in der früheren Sowjetunion und immer noch schalten viele die russischen Fernsehsender ein und hören russische Radiosender oder lesen russische Zeitungen. Oft erzählen sie die Geschichten aus dem Internet weiter und helfen so bewusst oder unbewusst dabei, Moskaus verzerrte Versionen aktueller Ereignisse zu verbreiten.“ Einige Beiträge wirken, als sollten sie eine Pogromstimmung unter den Russlanddeutschen schüren“, schrieb eine deutsche Zeitung.<sup>103</sup>

Diese Methode der Verzerrung von Nachrichten und der Verbreitung von Gerüchten ist mittlerweile eine hochgradig ausgeklügelte, perfide und ausreichend finanzierte Form der Informationskriegsführung. „Im Kern geht es“, sagt **Ingo Mannteufel**, „um den gezielten Einsatz von Information, um die Wahrnehmung der Realität zu verzerren und beim Empfänger der Desinformation eine gewünschte Reaktion zu erzeugen: In russischen Fachbüchern werden diese Techniken als „reflexive Kontrolle“ bezeichnet.“

## Informationslärm

Eine wichtige Zielsetzung ist dabei oft, ein Übermaß an Nachrichten zu erzeugen, um den Normalbürger zu verwirren, der dann ratlos den oft widersprüchlichen Versionen einer Geschichte ausgeliefert ist. Ingo Mannteufel führt dazu aus:

---

<sup>101</sup> „Russlands Propaganda mit der deutschen Flüchtlingskrise“, Handelsblatt, 23. Januar 2016

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> Ebd.

“Außerhalb Russlands zielt die Propaganda darauf, Ängste zu verstärken und Gesellschaften zu destabilisieren. Ein erstes Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist die maximale Erhöhung von Nachrichten, so dass die Empfänger angesichts einer Vielzahl von meist ungesicherten, beängstigenden und sich durchaus widersprechenden Informationen überfordert werden: Verlust der Orientierung und Klarheit sind die Folge dieses „**Informationslärms**“<sup>104</sup>.

Falsche oder verzerrte Berichterstattung in Russlands offiziellen Medien, hilfreiche Kommentare, Reden oder Artikel von einflussreichen „*Putin-Verstehen*“, und Blogs, Tweets oder Kommentare im Internet, all das dient dem Kreml, „Informationslärm“ zu erzeugen und die Argumentation für die Solidarität Deutschlands mit der NATO und der EU zu schwächen.

“Neben den offiziellen Medien - in Russland die vom Kreml kontrollierten TV-Sender, im Ausland **Russia Today** und **Sputnik** - nutzt der russische Propaganda-Apparat dafür sehr geschickt das Internet. Eine relativ unbekannte Informationswebsite oder ein Blog publizieren eine Nachricht, die dann von weiteren zweifelhaften Websites wiederholt wird. Dann steigt ein größeres bekannteres russisches Medium ein und bringt mit Verweis auf vermeintliche „Quellen“ im Netz die Nachricht, die nun so salonfähig im Medienraum zirkuliert. Die Frage nach der Wahrheit, empirisch überprüfbaren Fakten, spielt keine Rolle.“<sup>105</sup>

Einige ihrer wichtigsten Zielsetzungen hat die Kampagne bereits erreicht. Sie hat dazu gedient, Europas Reaktionen auf die russische Aggression auf der Krim abflauen zu lassen. Sie hat das Solidaritätsgefühl der Deutschen gegenüber der NATO untergraben und den Antiamerikanismus verbreitet. **Vor allem jedoch hat sie dazu beigetragen, die Position von Kanzlerin Merkel vor den Wahlen im kommenden Jahr zu schwächen.**

Es bestehen keine Zweifel, weder hinsichtlich der Zielsetzung der Kampagne noch in Bezug auf die angewandten Methoden und letztlich auch nicht in Hinsicht auf die Initiatoren. Das russische Außenministerium hat den Fehler begangen, im Internet seine Anhängerschaft offiziell aufzufordern „bitte auf Facebook und Twitter diese gute Analyse (im „Spiegel“) zu loben“. **[Source missing.]** Das Ansinnen wurde weithin als Anweisung an die Troll-Armeen des Kremls verstanden, den Artikel zu verbreiten und positiv zu kommentieren. Es war ein Beweis für Moskaus Vorstellungen darüber, wie moderne Medien gesteuert und beeinflusst werden können.

Ein Kommentator, der russische Soziologe Igor Eichmann, der heute in Leipzig lebt, sieht die Zielsetzung des Kremls darin, Deutschland nach Putins Vorstellungen zu verändern. **[Eichmann]**, Cousin des ermordeten Oppositionspolitikers Boris Nemzow, arbeitete eine Zeit lang als Kommunikationsdirektor und weiß, wie Informationsmanagement kombiniert mit der Ausübung von Druck dazu beigetragen haben, Putins Gegner in der Duma zu unterlaufen. Er sagt, das Gleiche passiert zurzeit in Deutschland.

“Der Einsatz von Falschinformation, die Diffamierung politischer Gegner, die Verbreitung provokativer Gerüchte und das Schüren von Neid und Hass – all dies wurde von den russischen Experten im Informationskrieg zuerst im eigenen Land angewandt, dann auf die (Ost-)Ukraine ausgeweitet und wird nun auch in Deutschland erprobt. Vor kurzem konnte ich mit einem Kollegen aus meiner Duma-Zeit sprechen, der auch in der Politikberatung tätig war: Die großen russischen PR-

---

<sup>104</sup> „Putin hat für jeden die richtige Botschaft“, ebd.

<sup>105</sup> ebd.

Budgets würden derzeit nach Europa fließen, nach Deutschland, sagte er: «Wir arbeiten mit dortigen systemkritischen Eliten und dem Massenpublikum.»<sup>106</sup>

Die **Rossotrudnitschestwo** ist eine russische Staatsorganisation, die intensiv in die Informationskampagne in Deutschland und anderswo eingebunden ist. Als **Abteilung des Außenministeriums** verfügt sie nicht nur über Büros in Berlin, sondern hat auch die Führung über das „Russische Haus“ – das in der Friedrichstraße gelegene große Veranstaltungs- und Kulturzentrum.

Im Jahr 2014 traf ich, kurz nach der Invasion auf der Krim, einen alten Freund in Berlin. Er hatte eine leitende Position inne bei einer Organisation namens „Rossotrudnitschestwo“. Ursprünglich verantwortlich für die Beziehungen Russlands im Ausland, hatte sich die Organisation allem Anschein nach in etwas Ähnliches verwandelt wie das Goethe-Institut oder der British Council. Zurzeit hat sie jedoch eine ganz andere Rolle übernommen. Sie kämpft in der ersten Reihe des russischen Informationskriegs, und mein Freund hatte gerade von einer Veranstaltung im Russischen Haus erfahren, an der der Leiter der Organisation gemeinsam mit den Chefs anderer europäischer Organisationen teilnahm. Die eingeladenen Gäste diskutierten über Medienstrategie im Allgemeinen und über den Einsatz sozialer Medien im Besonderen – ein Ressort, auf dem sie jetzt sehr gut seien, rühmte mein Freund sich. Am Schluss der Veranstaltung hielt Präsident Putin persönlich eine Rede, wobei sein Konterfei auf einem großen Bildschirm am Ende des Sitzungssaals erschien, das via Satellit von Moskau übertragen wurde.<sup>107</sup>

Warum Putin den Aktivitäten der Rossotrudnitschestwo zweifellos solche Wichtigkeit zuspricht, kann man vielleicht am besten verstehen, wenn man einmal genauer die Erklärung des Präsident der Organisation, **Konstantin [Kossatschow]**, unter die Lupe nimmt, warum Russland unbedingt eher „weiche Macht“ projizieren sollte als traditionelle Propaganda anzuwenden. In einem Interview mit Russia Direct sagte er:

„Meiner Ansicht nach wird die weiche Macht eines Landes von kooperativen Menschen im Ausland repräsentiert, die dieses Land angemessen wahrnehmen und begriffen haben, dass sich unzählige Vorteile aus der Kooperation mit dem betreffenden Land ergeben.“

„Und wenn Sie sich einmal die sozialen Netzwerke ansehen und wie im Internet ganz normale Menschen auf der ganzen Welt ihre Meinung zu den Ereignissen in der Ukraine kundtun, dann ist die viel weniger kategorisch als die Haltung westlicher Politiker. Manchmal ist sie sogar vollkommen gegensätzlich. Für Politiker ist immer alles schwarz oder weiß (oder eher schwarz): ‘Wir erkennen den Anschluss der Krim an Russland nicht an! Wir unterstützen den Maidan! Wir müssen Moskau isolieren’. Mit dieser Haltung will man versuchen, die öffentliche Meinung gegen Russland aufzustacheln, damit es seine Aktionen noch einmal überdenkt. Es ist ein Kampf... Man versucht, das gute Ansehen Russlands auf radikale Weise zu zerstören. Denn dieses Ansehen wird im westlichen Fernsehen und in einigen Zeitungen sehr negativ dargestellt. Und das sehen wir ganz deutlich“...

„Es ist nicht unsere Aufgabe, Russlands Aktionen zu rechtfertigen. Unsere Aufgabe besteht darin, der Informationskampagne zur Diskreditierung Russlands entgegenzuwirken und weltweit zu verbreiten, was wirklich in der Ukraine und auf der Krim geschehen ist... Die

---

<sup>106</sup> Igor Eidmann, Wie Putin versucht, Deutschland zu verändern, Neue Zürcher Zeitung, 27. Februar 2016

<sup>107</sup> Gespräch des Autors mit einem höheren Beamten der Rossotrudnitschestwo (*Föderalagentur für Angelegenheiten der GUS, für Fragen der im Ausland lebenden Mitbürger und für internationale humanitäre Zusammenarbeit im Außenministerium der GUS*)[Unclear why this GUS agency is named here. It is not the translation of Rossotrudnitschestwo.]

Propaganda ist ein Instrument zur direkten Einflussnahme auf das Bewusstsein der Menschen. Für die Propaganda haben wir besondere Institutionen, vorrangig regierungseigene, die vielen Menschen bekannt sind. Die weiche Macht ist etwas Anderes. Hier geht es um die eigenen Überzeugungen der Menschen, die aufgrund persönlicher Entscheidungen geschaffen werden und nicht als Folge von Propagandamaßnahmen. Es reicht für die Präsenz einer Regierung nicht aus, die Effektivität weicher Macht zu steigern. Vielmehr sollte die Regierung weniger Präsenz zeigen, zumindest nach außen.“

“An vorderster Front sollte die Zivilgesellschaft aktiv sein, öffentliche Organisationen und Menschen die, auch wenn sie in der Minderheit sind, sich unter dem Druck einer machtvollen ausländischen Propagandamaschine der Regierung nicht als Außenseiter und gesellschaftlich Ausgestoßene sehen. Und von diesem Menschen gibt es zurzeit immer mehr, nicht weniger.”<sup>108</sup>

Auf der deutschen Website von Rossotrudnischestwo gibt es nur wenige Hinweise auf diesen Auftrag der Organisation. Sie ist voller beruhigender Ankündigungen anstehender Konzerte und Ausstellungen – eine Vorstellung von „Pinocchio“ der russischsprachigen Theaterkompanie „Telekompaschka“ und ein Konzert des Mussorgski-Konservatoriums Ural. Ein Hinweis auf die wahre Natur der Organisation und den Auftrag, den sie vom Kreml erhalten hat, nämlich Russlands „weiche Macht“ zu koordinieren, findet man jedoch vielleicht, wenn man einmal darauf achtet, welche Art von Menschen sie für sich arbeiten lässt.

In Berlin ist **Alexander Anisimov** der **Stellvertretende Leiter Rossotrudnischestwo**. Er verfügt nicht nur im Bereich des kulturellen Austauschs über große Erfahrung. Er ist Spezialist für Public Relations und Kommunikation, er ist das, was die Russen als einen „politischen Technologen“ bezeichnen. Er absolvierte seine Ausbildung an der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Russischen Föderation, er arbeitet für den Weltkonzern Renova (Afrika, Asien) und für die mit der Gazprom verbundene Öl- und Gasgesellschaft ITERA, wo er von 2003 bis 2009 die Abteilungen „Kommunikation und Regierungsbeziehungen“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ leitete. Er ist ein Überflieger, der sowohl für Michail Gorbatschow, als Berater für internationale Angelegenheiten, als auch für die Duma und auch für die russische Regierung gearbeitet hat. Interessanterweise war er früher Generalsekretär des Petersburger Dialogs.

Es liegt auf der Hand, dass er und seine Kollegen in Berlin sehr viel mehr bewerkstelligen als für Kinder-Aufführungen von „Pinocchio“ zu werben.

## OFFIZIELLE REAKTIONEN

Die deutschen Bürokraten haben offenbar erst vor Kurzem begonnen zu begreifen, in welchem Ausmaß sich die Probleme stellen, die das Land bewältigen muss. Während die Mainstream-Medien noch eine gewisse Aufmerksamkeit auf die Versuche russischer Meinungsmache in Deutschland richteten, – die Affäre „Lisa“ hat Vielen die Augen geöffnet – beschäftigen sich Regierungsabteilungen und Behörden nur ganz allmählich mit dem Problem. Ihre Aufgabe gestaltet sich umso schwieriger, je mehr die etablierten Politiker bereits manipuliert wurden.

---

<sup>108</sup>“Russia’s Soft Power Shouldn’t Add up to Propaganda”, Interview mit Konstantin Kosachev, Leiter von Rossotrudnischestvo, Russia Direct, 8. Mai 2014

Jetzt sprechen Regierungsbeamte jedoch offen über ihren Verdacht, dass Russland versucht, "Unruhe zu provozieren, um Kanzlerin Angela Merkel zu schwächen."<sup>109</sup> Ihrer Ansicht nach versucht Moskau, das Vertrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Kanzlerin zu zerstören. Dafür wird die Flüchtlingskrise benutzt, die sowohl für Merkels schlechtes Abschneiden in Meinungsumfragen verantwortlich ist als auch für die Differenzen zwischen den Regierungen Europas.

"Es gibt Versuche Russlands, die Uneinigkeit in der EU zu stärken und mit antieuropäischen rechtspopulistischen Parteien zusammenzuarbeiten...", sagte ein hoher Regierungsbeamter gegenüber Reuters. "Der Plan ist, die EU zu schwächen. Moskaus Zielscheibe ist das stärkste und stabilste Land- Deutschland. Natürlich ist es im Interesse der russischen Regierung, Merkel als Regierungschefin zu schwächen." Ein anderer hoher Beamter fügte hinzu: "Die EU kann sich nicht von Dritten kaputtmachen lassen."<sup>110</sup>

Deutschlands Pendant des MI5, das **Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)**, warnt explizit vor den elektronischen Angriffen aus Moskau.

"Deutschland steht im Fokus fremder Nachrichtendienste", stand kürzlich in einem Bericht des Bundesamtes. Unsere „geostrategische Lage im Zentrum Europas, der Einfluss in der EU, die Mitgliedschaft in der NATO, die große Wirtschaftskraft mit vielen innovativen Unternehmen und die weltweite Anerkennung deutscher Wissenschafts- und Forschungsleistungen öffentlicher und privater Stellen rücken die Bundesrepublik ins Zentrum nachrichtendienstlicher Aufklärungsbestrebungen.“

"Russische nachrichtendienstliche elektronische Angriffe gegen deutsche Ziele sind meist Teil mehrjähriger, international ausgerichteter Cyberspionage-Operationen im Rahmen einer umfassenden strategischen Informationsgewinnung... Viele dieser Angriffskampagnen weisen untereinander technische Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel Schadsoftwarefamilien und Infrastruktur auf – dies sind wichtige Indizien für dieselbe Urheberschaft. Es ist davon auszugehen, dass sowohl der russische Inlandsnachrichtendienst FSB als auch der militärische Auslandsnachrichtendienst GRU Cyberoperationen ausführen."<sup>111</sup>

Der Direktor des BfV, Hans-Georg Maassen, warnte: "Der Cyberraum ist ein Ort hybrider Kriegsführung", er eröffne "neue Operationsräume für Spionage und Sabotage". Die Sicherheit der Informationen in Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sei "permanent bedroht".<sup>112</sup> **Das BfV hat die Schuld an dem 'Pawn Storm' (deutsch „Bauernsturm“), einer Cyberattacke auf den Bundestag im Jahr 2015, öffentlich Moskau zugewiesen.**

Im April 2016 deckte die IT-Sicherheitsfirma Trend-Micro eine Attacke gegen die CDU-Zentrale auf, wobei von Lettland aus der CDU ein gefälschter Webmail-Server für ausgeklügeltes Phishing von Zugangsdaten aufgesetzt wurde. Die Aktion konnte 'Pawn Storm' zugeordnet werden. Sie war von russischen Hackern organisiert worden. Offenbar hatten sie es auf Kritiker der russischen Regierung abgesehen.<sup>113</sup>

---

<sup>109</sup> "German-Russian Ties feel Cold War-style Chill over Rape Case", Reuters, 1. Februar 2016

<sup>110</sup> Ebd.

<sup>111</sup> BfV Newsletter Nr. 1 2016 / Thema 3: „Nachrichtendienstlich gesteuerte Elektronische Angriffe aus Russland“

<sup>112</sup> „Verfassungsschutz warnt vor Attacken aus Russland“, Der Spiegel, 13. Mai 2016

<sup>113</sup> „Pawn Storm targets German Christian Democratic Union“, Trend Labs Security Intelligence Blog, 11. Mai 2016.

Während Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Staaten noch damit beschäftigt ist, eine Struktur für die kollektive Abwehr gegen Cyber-Attacken, der so genannten „Hybrid Fusion Cell“ (EU-Analyseeinheit für hybride Bedrohungen) im „EU Intelligence and Situation Centre“ (INTCEN) – zu etablieren und sie mit der NATO zu koordinieren, gibt eine potenzielle Bedrohung für die **Bundestagswahlen 2017** Anlass zur Sorge. Sowohl in England als auch in Frankreich hatten Hacker vor den Wahlen versucht, wichtige Ziele anzugreifen. Nun kann es gut sein, dass auch Deutschland zur Zielscheibe werden könnte. Im permanenten Informationskrieg Russlands steht jetzt so viel auf dem Spiel, dass sich die Möglichkeit gezielter Cyber-Attacken zur Manipulation der Wahlergebnisse nicht ausschließen lässt.

## SCHLUSSFOLGERUNG

Deutschland ist das Ziel einer kontinuierlichen Informationskriegskampagne, die bereits seit langer Zeit akribisch geplant wird. Für diese Kampagne werden komplizierte Waffen entwickelt und nützliche Bündnisse geschmiedet. Strategie und Taktik der Kampagne basieren auf den Konzepten und Grundprinzipien der Informationskriegsführung, die für die Internetära spezifiziert wurden. Ihre Ziele werden sorgfältig ausgewählt und klar definiert. Diese Kampagne nutzt die Schwächen der Demokratie in Deutschland, das Überwachungssystem und die Anfälligkeit der Politiker und der Öffentlichkeit für clever formulierte Botschaften, um zu verwirren und zu überzeugen.

Die Kampagne besteht aus vielen unterschiedlichen Aktivitäten. Die wichtigste ist jedoch die zur Gewährleistung der Unterstützung einflussreicher Menschen und Organisationen und einer konsistenten Informationskonzentration, um so sukzessive das Meinungsbild zu verändern, Gegner zu schwächen und immer mehr Fürsprecher für eine Politik zu gewinnen, die vom Kreml erwünscht ist. Insoweit konzentriert sie sich auf die Inanspruchnahme einflussreicher Unterstützer des gesamten politischen Spektrums und auf die Nutzung von Internet und sozialen Medien, um förderliche Botschaften zu verbreiten oder Gegner unter Druck zu setzen und sie zu drangsalieren.

Während sich die Kampagne noch im Anfangsstadium befindet, wird schon jetzt deutlich, dass mit ihr bereits viele der gesetzten Zielsetzungen erreicht werden und dass es zumindest gelungen ist, Meinungsverwirrung zu stiften. Auch wurde das harte Vorgehen gegen Russland wegen der Aggression gegenüber seinem Nachbarstaat erfolgreich sabotiert, und vorübergehend konnte sogar Deutschlands entschlossene Haltung der Solidarität mit der NATO und der EU erschüttert werden. Es liegt auf der Hand, dass die Bundestagswahlen im nächsten Jahr eine wichtige Kampagnenetappe darstellen und dass der Informationskrieg in den nächsten 12 Monaten noch intensiver toben wird. Die Wahrheit wird nicht das einzige Opfer bleiben, den Moskaus Informationskrieg fordern wird.

Wenn die russische Informationskampagne in Deutschland unkontrolliert so weitergeht, könnte das schwerwiegende Auswirkungen auf den Westen haben. **Es geht bei der Kampagne nicht nur darum, die Sanktionen abzubauen.** Das wäre vergleichsweise leicht zu erreichen, das ist nur ein geplanter Schritt auf dem Weg zu einem weiteren Ziel. Putins grundlegendes Bestreben besteht darin, Deutschland zur Schaffung einer „Sonderbeziehung“ mit Russland zu bewegen, um die Akzeptanz für neue Interessensphären in Osteuropa zu stärken. Die logische Konsequenz einer solchen Beziehung wäre das Ende von Deutschlands ‘Westbindung’, ein schwerer Schlag gegen die NATO und die Umwandlung der Europäischen Union in einen Block mit östlicher, nicht westlicher Prägung.

---

‘Sicherheitsfirma meldet Phishing-Angriffe auf CDU-Zentrale’, Der Spiegel, 12. Mai 2016 (der deutsche Blog dazu heißt „Pawn Storm nimmt CDU ins Visier“, Trendmicro.de Blog, 12. Mai 2016)

Damit würde de facto Russlands Vetorecht bei Entscheidungen hinsichtlich der europäischen Sicherheitspolitik akzeptiert.

Bemerkenswert ist, dass all das erreicht werden könnte, ohne dass auch nur ein einziger Schuss fällt.